



Gesellschaft für
bedrohte Völker

report

April 2021

Big in Brazil

Bayers Pestizidexporte und ihre Folgen für Indigene



Inhalt

Zusammenfassung und Forderungen	6
1. Am stärksten betroffen: Indigene Gemeinschaften	9
2. Das Geschäft mit dem Gift	12
3. Pestizide: Milliardenbusiness mit Folgeschäden	16
4. Bayer – Monsanto: Eine Fusion mit Folgen	21
5. Bayer in Brasilien	27
6. Deutsche Unternehmen in der Verantwortung	32
7. Fazit	36
Endnoten	38

Abkürzungsverzeichnis

Code of Conduct	Internationaler Verhaltenskodex für Pestizidmanagement
EU	Europäische Union
FAO	Food and Agriculture Organization (Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen)
HHP	Highly Hazardous Pesticides (Hochschädliche Pestizide)
IARC	International Agency for Research on Cancer (Internationale Agentur für Krebsforschung)
ILO	International Labour Organisation (Internationale Arbeitsorganisation)
ILO 169	Indigenous and Tribal Peoples Convention (Übereinkommen über eingeborene und in Stämmen lebende Völker in unabhängigen Ländern)
NAP	Nationaler Aktionsplan für Wirtschaft und Menschenrechte
PAN	Pesticide Action Network (Pestizid Aktions-Netzwerk e.V.)
PflSchG	Deutsches Pflanzenschutzmittelgesetz
PIC-Konvention	Rotterdammer Übereinkommen über das Verfahren der vorherigen Zustimmung nach Inkenntnissetzung für bestimmte gefährliche Chemikalien sowie Pestizide im internationalen Handel
POP-Konvention	Stockholmer Übereinkommen über persistente organische Schadstoffe
SAICM	Strategischer Ansatz zum Internationalen Chemikalienmanagement
UN	United Nations (Vereinte Nationen)
UNDRIP	United Nations Declaration on the Rights of Indigenous Peoples (Erklärung der Vereinten Nationen über die Rechte der indigenen Völker)
Unearthed	Journalist*innenkollektiv im Auftrag von Greenpeace und Public Eye
WHO	World Health Organization (Weltgesundheitsorganisation)



„Jede Woche werden neue Pestizide registriert. Abgesehen davon, dass sie unseren Boden und unser Grundwasser verunreinigen und sich negativ auf unsere kollektive Gesundheit auswirken, ist es absurd, dass die brasilianische Regierung ausländischen Unternehmen erlaubt, Produkte zu verkaufen, die Chemikalien enthalten, die auf ihren heimischen Märkten verboten sind.“ **Sônia Guajajara**, Koordinatorin des indigenen Dachverbands APIB, hier beim indigenen Frauenmarsch 2019, Foto: Denise Oliveira

Zusammenfassung und Forderungen

Brasilien hat ein Pestizidproblem. Auf riesigen Agrarflächen werden massenhaft Gifte gegen Insekten, unerwünschte Pflanzen oder Pilze eingesetzt. Indigene, Quilombolas (Nachkommen entflohener afrikanischer Sklav*innen), Kleinbäuer*innen – viele leben in unmittelbarer Nähe zu großflächigen Anbaugebieten von pestizidintensiven Agrarprodukten. Flugzeuge, die Pestizide versprühen, tragen die Giftstoffe buchstäblich bis vor ihre Tür. Böden und Gewässer sind nachweislich belastet, nicht nur auf dem Land, sondern auch in vielen brasilianischen Großstädten. Die gesundheitlichen Folgen sind für viele nicht kalkulierbar. Landwirtschaftliche Erzeuger*innen, die Pestizide nutzen, haben keine transparenten Informationen zu den hohen Gefahren der Produkte, die sie täglich benutzen. Mehrere Regierungen hintereinander stellten die Wirtschaft auf den Export und somit die Agrarwirtschaft auf Monokulturen und hohen Pestizideinsatz um. Das Hauptprodukt dabei ist genetisch modifizierte Soja. Diese wird in Monokulturen angebaut und ist mit einem immer höher werdenden Pestizideinsatz verbunden.

Das Leverkusener Traditionsunternehmen Bayer ist seit der Übernahme des US-amerikanischen Saatgutherstellers Monsanto groß ins Pestizidgeschäft eingestiegen. Das Geschäft mit der Chemie verfolgt dabei eine Logik der Doppelstandards: Pestizide werden in Deutschland produziert, die zum Teil in der Europäischen Union (EU) jedoch verboten sind. Sie werden in Länder wie Brasilien exportiert und finden v.a. Anwendung im Anbau

von Soja, Mais, Zucker, Baumwolle – alles Exportprodukte, die anschließend wieder Europa erreichen: Das bedeutet eine Verlagerung menschenrechtsverletzender und umweltverschmutzender Praktiken in Drittländer.

Indigene sind von den Praktiken des Agrarbusiness mehrfach betroffen. Mit stetig wachsender Nachfrage wachsen Abbaugelände und damit Konflikte um indigene Territorien. Indigene werden von ihren Gebieten verdrängt oder gewaltsam vertrieben. Zudem leben sie meist in unmittelbarer Nähe zu den Abbaugeländen und den Pestiziden. Oftmals ohne Mindestabstand und sogar absichtlich werden Pestizide auf indigene Gebiete versprüht. In diesem Bericht werden sieben Fallbeispiele vorgestellt, in denen die Rechte Indigener durch ein sich stetig ausweitendes Agrarbusiness und den damit verbundenen Einsatz von Pestiziden verletzt werden.

Der weltweite Export von Pestiziden, gerade von sogenannten hochschädlichen Pestiziden (Highly Hazardous Pesticides: HHPs) hat Folgen für Mensch und Umwelt. Brasilien ist weltweit der größte Käufer von Pestiziden. Umweltgesetze sind in den letzten Jahren stark dereguliert worden. Seit der Regierungsübernahme von Präsident Jair Bolsonaro hat sich die Lage noch einmal verschärft: Landwirtschaftsministerin Tereza Cristina hat in Rekordzeit bisher 1.132 Pestizide neu zugelassen.¹ Viele davon sind in Europa verboten. Damit steht sie in einer Tradition zur Vorgängerregierung unter Ex-Präsident Michel Temer, die innerhalb von drei Jahren 1.200 Pestizide zuge-

lassen hatte. Beide Regierungen stehen bzw. standen der mächtigen Agrarlobby des Landes nahe. So gibt es großzügige Steuererlasse für Agrarkonzerne und eine aussichtsreiche rechtliche Flexibilisierung durch das geplante „Gift-Paket“, einem Gesetzentwurf, der Zulassung und Prüfung von Pestiziden allein dem Landwirtschaftsministerium überlassen soll. Diese Gesetzesvorlage wird von den brasilianischen Agrarlobbyverbänden CropLife Brasilien und SINDIVEG offen unterstützt. Bayer ist bei beiden Mitglied.

Doch gerade in Ländern wie Brasilien, in denen die Regierung nicht gewillt ist, die Bevölkerung ausreichend zu schützen, braucht es Unternehmen, die für ihr Handeln menschenrechtlich Sorge tragen. Gleichzeitig werden internationale Instrumente sowie nationale Gesetze benötigt, die den Einsatz von Pestiziden streng überwachen und es Betroffenen, unter ihnen besonders auch Indigenen, möglich macht, ihr Recht auf Land und Gesundheit gegenüber Agrarkonzernen einzuklagen.

Forderungen

Die Bayer AG muss

- ✗ den Handel mit hochschädlichen Pestiziden (Definition laut Liste des Pestizid Aktions-Netzwerks - PAN) mit Ländern wie Brasilien beenden;
- ✗ Pestizidwirkstoffe, die in der Europäischen Union verboten sind, komplett aus seinem Exportsortiment streichen;
- ✗ Handelsaktivitäten, die Konflikte direkt oder indirekt unterstützen, beenden;

- ✗ freiwillige Sorgfaltspflichten entlang der eigenen Wertschöpfungskette definieren und überprüfen;
- ✗ die massiven Gesundheitsrisiken von Pestiziden anerkennen, auf den Produkten deutlich kennzeichnen und Anwender*innen entsprechend schulen;
- ✗ die menschenrechtlichen Risiken beim Einsatz ihrer Produkte im Ausland abwägen und sich öffentlich zu den Risiken äußern.

Die deutsche Bundesregierung muss

- ✗ ein starkes Gesetz für Lieferkettentransparenz verabschieden, welches entlang der gesamten Wertschöpfungskette greift und eine öffentliche Behörde zur Überprüfung von Sorgfaltspflichten einrichten;
- ✗ deutsche Unternehmen daran hindern, rechtliche Doppelstandards innerhalb einer Wertschöpfungskette anzulegen. Doppelstandards widersprechen deutscher Politikkohärenz. Rechte, die in Deutschland eingehalten werden, müssen auch anderswo gelten;
- ✗ bei der Kooperation mit der brasilianischen Regierung, besonders im Agrarsektor, die menschenrechtlichen Risiken ansprechen;
- ✗ davon absehen, das EU-Mercosur-Freihandelsabkommen in seiner jetzigen Form, d.h. ohne wirksame Sanktionsmechanismen, zu ratifizieren und eine verpflichtende Kennzeichnung von tierischen Produkten, die mit genetisch veränderten Futtermitteln erzeugt wurden, einführen.



Ein gefährlicher Nachbar: Sojafelder grenzen an indigene Gebiete und liegen oft nur Meter von Wohngebieten entfernt. Hier im Indigenen Territorium Guyaroká sind Guarani Kaiowá Pestiziden, die auf den Nachbarfeldern versprüht werden, direkt ausgesetzt. Innerhalb weniger Minuten wurde das gesamte Dorf von der Giftwolke eingenebelt. Auch Adelaide und ihre Kinder litten an Übelkeit und Bauchschmerzen. Fotos: Leandro Barbosa

1. Am stärksten betroffen: Indigene Gemeinschaften

Der intensive Gebrauch von Pestiziden zieht massive Auswirkungen auf Mensch und Umwelt nach sich. In diesem Bericht soll anhand von Fallbeispielen verdeutlicht werden, dass in Brasilien neben kleinbäuerlichen Familien und Quilombolas – den Nachfahren afrikanischer Sklaven – indigene Gemeinschaften besonders vom Pestizideinsatz in der Landwirtschaft betroffen sind.

Indigene leben aufgrund ihrer direkten Koexistenz mit der Umwelt ohne Schutz vor Kontaminationen und sind wirtschaftlich wie kulturell auf eine intakte Umwelt angewiesen. Ihre Beziehung zur Natur ist elementar und existentieller als die der nicht-indigenen Bevölkerung.

Aus diesem Grund sind indigene Rechte auf Land, Leben und Traditionen Bestandteil der brasilianischen Verfassung. Ihr Recht auf Gesundheit ist garantiert und darüber hinaus im Völkerrecht wie beispielsweise in der Erklärung der Vereinten Nationen über die Rechte der indigenen Völker (UNDRIP) und in der Konvention 169 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) fest verankert. Doch übt die Regierung durch die Förderung des Agrarsektors hohen Druck auf Indigene aus, indem der großflächige Anbau von Exportgütern wie Soja, Mais und Zuckerrohr prioritär gefördert wird. Indigene werden von ihrem Land vertrieben, die Vergabe an Landtitel an sie aufgeschoben und Proteste kriminalisiert.² Diejenigen, die es schaffen zu bleiben und ihre Territorien bis heute verteidigen, sind Pestiziden unmittelbar und schutzlos ausgesetzt.³

Indigene, die ihren Traditionen entsprechend in ländlichen Regionen leben, leben in unmittelbarer Nähe zu großflächigen Anbaubereichen von pestizidintensiven Agrarprodukten. Flugzeuge, die Pestizide versprühen, tragen die Giftstoffe buchstäblich bis vor ihre Tür. Böden und Gewässer sind nachweislich belastet, nicht nur auf dem Land, sondern auch in vielen brasilianischen Großstädten. Durch fehlende Infrastruktur haben viele indigene Gemeinschaften keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser und sind auf das kontaminierte Wasser in den Gewässern angewiesen. Die gesundheitlichen Folgen sind für viele nicht kalkulierbar. Sie reichen von Durchfall, Ausschlag, Magenbeschwerden oder Erkältungen bis hin zu Langzeitschäden wie Krebs, Unfruchtbarkeit oder Missbildungen an Ungeborenen. Zudem fehlt es meist an einer lokalen Gesundheitsversorgung, denn viele indigene Gemeinschaften leben kilometerweit entfernt von einem Krankenhaus oder einer Gesundheitsstation.

Hinzu kommt, dass Landrechte vieler Indigener noch nicht anerkannt sind. Das verschärft die Konflikte mit Großgrundbesitzer*innen. Nicht selten werden Pestizide zur Einschüchterung der lokalen Bevölkerung genutzt. Macht und Einfluss dieser Agrarbarone machen es schwer, Verantwortliche zur Rechenschaft zu ziehen.

Fallbeispiel:

Pestizide als „Chemiewaffe“

Anfang 2015 wurde die indigene Gemeinschaft Guyra Kambi'y in der Region von Dourados im Bundesstaat Mato Grosso do Sul von dem Geräusch eines Sprühflugzeuges überrascht. Die Gemeinschaft, die rund 150 Menschen umfasst, gehört zum Volk der Guarani Kaiowá. Das Flugzeug sprühte Pestizide auf Kinder und Erwachsene. Wenige Stunden später litten viele unter Kopf- und Halsschmerzen, Durchfall, Übelkeit, Ausschlag und Fieber. Die Indigenen lebten nur 15 Meter von einem Sojafeld entfernt. Mit Handysfotos dokumentierten sie den Vorfall.

Mit den Aufnahmen versuchten sie, gegen den Piloten, den Farmbesitzer und das Flugzeugunternehmen zu klagen. Die Staatsanwaltschaft von Mato Grosso do Sul forderte für sie Schadensersatz in Höhe von umgerechnet ca. 44.000 Euro. Das Gericht lehnte viereinhalb Jahre später die Schadensersatzklage ab. Es wurde behauptet, dass ein einziger Sprühflug auf die Gemeinschaft nicht rechtswidrig sei und zudem nicht ausreichend, um Gesundheitsschäden hervorzurufen. Außerdem wurde argumentiert, dass keine Vergiftungsfälle bei den Erste-Hilfe-Stationen der Region registriert worden seien. Tatsächlich waren die Indigenen nicht zum Arzt gegangen. Die nächste Erste-Hilfe-Station liegt vier Kilometer entfernt von der Gemeinschaft. Ohne Zugang zu öffentlichen oder privaten Verkehrsmitteln waren die Betroffenen nicht in der Lage, diese Distanz zu Fuß zu überwinden.

Die Verantwortlichen hatten in einem selbst ausgefüllten Formular außerdem behauptet, dass lediglich Düngemittel ausgebracht worden waren. Laut dem Staatsanwalt, der den Fall vor Gericht gebracht hatte, ist die Ausbringung von Dünger zu der Jahreszeit allerdings höchst unüblich. Er berichtete auch von ähnlichen Fällen, bei denen Indigene mit dem Einsatz von Pestiziden gezielt angegriffen wurden. „Offensichtlich war das Ziel die Einschüchterung der Indigenen. Das ist eine Art von Terrorismus, ein chemischer Angriff. Das ist eine moderne Version des ‚Agent Orange‘, das als Kriegswaffe eingesetzte Mittel im Vietnamkrieg.“

Das sei kein Einzelfall: Schon 2012 sei ein Arbeiter einer Farm erwischt worden, als er 30 Zentimeter (!) entfernt von der indigenen Gemeinschaft Laranjeira Ñanderu Pestizide gesprüht habe. In einem weiteren Fall gab ein Farm-Mitarbeiter während der gerichtlichen Anhörung zu, auf Angehörige des Volks der Guarani Kaiowá in der Region von Dourados gesprüht zu haben. Auch hier wurden die Farm und der Mitarbeiter freigesprochen, denn laut einem Bericht des Landwirtschaftsministeriums gab es kein Indiz einer Vergiftung von Indigenen. Doch eigentlich ist in solchen Fällen kein Indiz oder Beweis von Vergiftungen oder Schäden notwendig. Bereits das Sprühen auf Gemeinschaften oder Siedlungen sei laut brasilianischer Gesetzgebung strafbar, erläuterte der Staatsanwalt.⁴



*Gesetzlich muss ein Mindestabstand von 500 Metern zu menschlichen Siedlungen eingehalten werden.
Die Gemeinschaft Guyra Kambi'y lebt nur 15 Meter von dem Sojafeld entfernt. Foto: Pixabay CCO*

2. Das Geschäft mit dem Gift

Agrarkonzerne, alle voran Bayer, betonen gerne ihre zentrale Rolle bei der Herausforderung, die Ernährung einer wachsenden Weltbevölkerung sicherzustellen. Nachhaltige und innovative Lösungen sollen zukünftig alle Menschen der Welt ernähren und gleichzeitig das Klima schützen. Doch derzeit gehen rund 80 Prozent der weltweiten Sojaerzeugnisse in die Futtermittelproduktion statt in die Produktion von Nahrungsmitteln.⁵ Gleichzeitig betreibt Bayer ein Milliardengeschäft mit Pestiziden. Viele ihrer Wirkstoffe⁶ gelten laut PAN (Pestizid Aktions-Netzwerk) als hochschädlich. Das Leverkusener Traditionsunternehmen steht seit der Übernahme des US-amerikanischen Agrarkonzerns Monsanto im Juni 2018 unter besonderer Beobachtung, vor allem mit Hinblick auf seine menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten. In den USA ist Bayer mit einer Welle von Einzelklagen von Bürger*innen konfrontiert. Denn viele Menschen sehen im Herbizidwirkstoff Glyphosat den Grund ihrer schweren Erkrankungen.⁷

Während Konzerne die Notwendigkeit ihres Agrarbusinessmodells einschließlich des Pestizideinsatzes für die Ernährung der Weltbevölkerung betonen, dokumentieren Beispiele aus aller Welt das Gegenteil. Für den ehemaligen UN-Sonderberichterstatter Baskut Tuncak⁸ und seine Amtskollegin Hilal Elver ist die Idee, dass Pestizide für die Ernährung einer schnell wachsenden Weltbevölkerung unerlässlich seien, ein Mythos. Die Unternehmen seien nicht am Welthunger interessiert, sondern an mehr landwirtschaftlichen Aktivitäten in großem Maßstab. Tuncak und Elver zufolge liege der Grund für das Problem von Unterernährung vielmehr in Armut und einer ungleichen Verteilung von Ressourcen. Es würde nicht

durch den vermehrten Anbau von Soja oder Mais und dem damit verbundenen erhöhten Einsatz von Pestiziden gelöst.⁹ Laut der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (Food and Agriculture Organisation, FAO) könnten ohnehin schon heute neun Milliarden Menschen ernährt werden.¹⁰

Die Agrarindustrie gehört zu den weltweiten Schlüsselindustrien und stellt insbesondere in Ländern wie den USA oder den Mercosur-Staaten Brasilien, Argentinien, Uruguay und Paraguay einen wichtigen Wirtschaftszweig dar. Sie verfolgt den großflächigen Anbau von Monokulturen und konzentriert sich insbesondere auf die Produktion von Exportgütern wie Soja, Mais, Baumwolle, Zuckerrohr oder Palmöl. Ihr Geschäftssystem basiert auf dem Anbau von großflächigen Monokulturen mit gentechnisch verändertem Saatgut, das in Kombination mit darauf abgestimmten Herbiziden vertrieben wird.

In vielen Ländern dieser Erde sind Menschen, die in industrieller sowie bäuerlicher Landwirtschaft arbeiten, besonderen Gefahren ausgesetzt. Neueste Veröffentlichungen, darunter ein Bericht der Nichtregierungsorganisationen Misereor und Germanwatch arbeitet heraus, wie zahlreich und hoch die Risiken entlang der gesamten Wertschöpfungsketten sind. Ausbeuterische Arbeitsverhältnisse, finanzielle Abhängigkeit von genmanipuliertem Saatgut, Preisdruck auf kleinbäuerliche Landwirtschaft, Gewalt in Konflikten um Land und Ressourcen und nicht zuletzt die gesundheitlichen Schäden durch Pestizide und Antibiotika brächten Arbeiter*innen in der Landwirtschaft in Gefahr.¹²

Saatgut und Herbizid im Doppelpack

Das Saatgut wird gentechnisch gegen ein Herbizid tolerant gemacht. Das Herbizid vernichtet dann alle Pflanzen bis auf die gentechnisch veränderten. So wird Pflege der Monokulturen vordergründig erleichtert, Saatgut und Herbizid ergänzen einander zwingend. Auf diese Weise entstand das profitable Geschäft von Saatgut und Herbizid im Doppelpack. Es hat sich allerdings im Laufe der Zeit gezeigt, dass unerwünschte Wildkräuter Resistenzen gegen Herbizide entwickeln. So gibt es aktuell z.B. 53 Unkräuter, die gegen Glyphosat, der meist genutzte Herbizidwirkstoff, resistent sind.¹¹ Aufgrund der steigenden Resistenz der Wildkräuter muss immer mehr Herbizid gespritzt werden als ursprünglich vorgesehen bzw. werden die Gentechnik-Pflanzen gegen mehrere Herbizide auf einmal resistent gemacht. Dadurch ist nicht nur die Vergiftungsgefahr um ein Vielfaches höher, sondern auch die Belastung der Umwelt.

Pestizide werden immer wieder mit hochgradiger Boden- und Wasserbelastung sowie gesundheitlichen Langzeitschäden und Krebserkrankungen in Verbindung gebracht. Jährlich erleiden geschätzt 41 Millionen Menschen in der Landwirtschaft eine Pestizidvergiftung. Dabei handelt es sich um eine hohe Dunkelziffer: Nur eine von 50 Vergiftungen werden überhaupt gemeldet.¹³ 200.000 Menschen sterben pro Jahr an den Folgen dieser Vergiftungen, davon etwa 99 Prozent in Ländern des sogenannten Globalen Südens, in denen Gesundheits-, Sicherheits- und Umweltvorschriften schwächer sind und weniger streng überwacht werden.¹⁴

Im Agrarbereich tätige Chemiekonzerne, ganz besonders Bayer (inklusive Monsanto), verschleiern die Risiken ihrer Produkte und verleugnen die Mitverantwortung an Umweltschäden und Menschenrechtsverletzungen. Gerne präsentieren sie ihrerseits hundertfach selbst verfasste wissenschaftliche Studien, die den direkten Zusammenhang zwischen schweren Erkrankungen und Pestiziden infrage stellen.¹⁵ Doch ihrer Interpretation muss widersprochen werden, denn diesen Studien stehen weltweit Berichte Betroffener entgegen. Zahlreiche Gegenstudien von Nichtregierungs- und Umweltorganisationen sowie UN-Institutionen wie der Weltgesundheitsorganisation (WHO) sowie der ihr unterstellten IARC (Internationale Agentur für Krebsforschung) weisen ne-

ben vielen anderen Institutionen übereinstimmend auf die Risiken des Pestizideinsatzes für Mensch und Umwelt hin.

Auch die beiden UN-Sonderberichterstatter*innen Baskut Tuncak und Hilal Elver brachten Pestizide eindeutig mit schweren Erkrankungen wie Krebs, Alzheimer und Parkinson, Hormonstörungen, Entwicklungsstörungen und Unfruchtbarkeit in Verbindung. Sie hoben insbesondere das erhöhte Risiko für Kinder und direkte Nutzer*innen (Arbeiter*innen in der Landwirtschaft) hervor und betonten außerdem die schwer zu beziffernden, indirekten Schäden durch Boden- und Wasserbelastungen sowie durch den Verzehr behandelter Lebensmittel.¹⁶

Brasilien hat jahrzehntelang den Ausbau von riesigen Monokulturen wie Soja, Mais und Baumwolle vorangetrieben. Es ist das Land, das weltweit am meisten Pestizide kauft und verbraucht. In den vergangenen 15 Jahren ist der Pestizidverbrauch dort um ein Dreifaches angestiegen - auch weil sich unter den Nutzpflanzen Resistenzen bilden. Besonders kritisch ist der Einsatz von Pestiziden durch Sprühflugzeuge. Pflanzenschutzmittel gelangen so durch Wind verstärkt in unkontrolliertem Umfang in Umwelt, Grundwasser und Wohngebiete. Eine Vorschrift, der zufolge mindestens 500 Meter Abstand zu sensiblen Standorten wie menschlichen Siedlungen eingehalten werden muss, wird von den Behörden nur selten überprüft.

Fallbeispiel:

Indigenes Territorium Guyraroká - Schulkinder werden ungeschützt beim Essen besprüht

Das Dorf Guyraroká, in dem rund 500 Angehörige der Guarani Kaiowá leben, liegt in Caarapó im Bundesstaat Mato Grosso do Sul etwa 275 Kilometer von der Hauptstadt Campo Grande entfernt. Die Siedlung ist umgeben von Soja-, Mais- und Zuckerrohrplantagen. Die offizielle Demarkierung des Landes (d.h. die Vermessung und Kennzeichnung des indigenen Territoriums) ist noch nicht abgeschlossen. Die Schule des Dorfes ist 50 Meter von einem Zaun entfernt, der das indigene Territorium von der benachbarten Farm trennt.

Am 6. Mai 2019 saßen etwa 15 Kinder im Alter zwischen sechs und neun Jahren vor Unterrichtsbeginn draußen beim Frühstück zusammen. Doch an jenem Montagmorgen wurden die Schulkinder von einer weißen Wolke aus Kalkstein und Pestizidstaub überrascht. Innerhalb weniger Minuten wurde das gesamte Dorf von dieser Wolke eingenebelt. Der feine Staub bedeckte alles und ließ sich innerhalb der nächsten Tage nicht vollständig entfernen. Viele Indigene – meist Kinder und ältere Menschen – bekamen Hautreizungen, Übelkeit, Durchfall und Kopfschmerzen. Das sind typische Symptome einer Pestizidvergiftung. Die Kinder waren als erste betroffen, denn sie hatten mit Pestizid und Staub verunreinigte Lebensmittel gegessen. „Wir konnten es nicht vermeiden. Sie hatten die Milch und das Brot schon in der Hand. Der Staub hat uns überrumpelt. Er hatte einen starken Geruch. Wir haben versucht, in der Küche schnell alles abzudecken“, berichtete Gilma Guarani Kaiowá, die Köchin.

Der Pestizid-Staub legte sich auf Lebensmittel und Ackerpflanzen der Indigenen, aber weil Lebensmittel in der Gemeinschaft knapp sind, tat man sich schwer, sie wegzuworfen. Hühner und sogar Hunde starben.

Den Indigenen zufolge war dieses Ereignis kein Einzelfall. Die Sprühungen nehmen mit der Ausweitung des Agrarbusiness zu. Die Guarani Kaiowá versuchen sich mit Hilfe von traditionellen Mitteln selbst zu behandeln. Denn im Krankenhaus werden sie oft diskriminiert. Die Betroffenen fürchten zudem, dass die mächtigen Farmer auf das Krankenhauspersonal Einfluss nehmen und indigene Hilfesuchende nicht korrekt behandeln.

In der brasilianischen Gesetzgebung ist zwar geregelt, wieviel Abstand ein Sprühflugzeug von menschlichen Siedlungen einhalten müsste. Es fehlt jedoch eine Vorschrift, die den Mindestabstand für das Versprühen von Pestiziden durch Traktoren oder andere Geräte am Boden regelt. Darüber hinaus können Chemikalien vom Wind über andere landwirtschaftliche Kulturen, über Gewässer und über bewohntes Gebiet verteilt werden. Das stellt ein hohes Risiko für die Umwelt und die öffentliche Gesundheit dar.

Im Dezember 2019 forderte die Staatsanwaltschaft des Bundeslandes Mato Grosso do Sul eine Regelung für den Mindestabstand zwischen benachbarten Flächen für das terrestrische Versprühen von Agrochemikalien. Die Staatsanwaltschaft forderte auch, dass die Bundesbehörden verpflichtet werden, die Anwendung von Agrochemikalien zu kontrollieren. Außerdem soll

deren Ausbringung in einer Entfernung von weniger als 250 Metern von der indigene Gemeinde Guyraroká verboten werden. Weiterhin wurde auch verlangt, dass die Verantwortlichen der

Farm ein Kommunikationsprotokoll über die Ausbringungspläne pflegen. Sie sollen die Bewohner der indigenen Gemeinde über zukünftige Sprühvorgänge frühzeitig informieren.¹⁷



15 Kinder saßen am Esstisch, als die Pestizidwolke ins Dorf zog. Nur 50 Meter trennen die Dorfschule und den Zaun von der benachbarten Farm. Foto: Leandro Barbosa

3. Pestizide: Milliarden-business mit Folgeschäden

Das Geschäft mit Pestiziden ist lukrativ. Der Markt hat derzeit einen Wert von etwa 50 Milliarden US-Dollar pro Jahr und wächst rasant. 2017 lag der Umsatz des globalen Pestizidhandels noch bei 34,4 Milliarden US-Dollar, 20 Jahre zuvor bei nur 10,8 Milliarden US-Dollar.¹⁸ Der weltweite Pestizidmarkt wird von fünf Unternehmen dominiert - Bayer, BASF, Syngenta, FMC und Corteva (ehemals Dow und DuPont). Zusammen kontrollieren diese Unternehmen fast zwei Drittel des globalen Marktes für Agrochemikalien. Diese fünf großen Konzerne sowie das japanische Unternehmen Sumitomo stellen die Mitglieder der einflussreichen Lobbygruppe *CropLife International*.¹⁹

Die Weltmarktführer verdienen ihr Geld mit zum Teil hochgefährlichen Chemikalien. Das Pestizid-Aktions-Netzwerk (PAN) definiert insgesamt 338 Pestizidwirkstoffe als hochschädlich und damit ein Drittel der rund 1.000 weltweit angewandten Pestizidwirkstoffe. Etliche dieser sogenannten HHPs (Highly Hazardous Pesticides = Hochgefährliche Pestizide) sind zum Teil in der Europäischen Union verboten, da sie nachweislich u.a. für Bienen hochgiftig sind.²⁰ Hochgefährliche Pestizide können schwere bzw. irreversible Schäden verursachen, insbesondere wenn die hohen Gefahren für Nutzer*innen nicht bekannt sind. Sie verursachen beispielsweise Krebs, schädigen die Fortpflanzung, verändern das Erbgut oder sind hormon- und ozonschädlich.²¹

Dennoch werden sie durch ein einfaches und weit verbreitetes Geschäftsmodell verkauft: Müssen sich Unternehmen in der EU dem Vorsorgeprinzip

unterwerfen, d.h. Schäden von vornherein vorbeugen, unterliegen sie anderswo wenig gesetzlichen Regulierungen. Über Jahre hinweg deregulierte Agrarmärkte erlauben den Verkauf und Einsatz hochschädlicher Pestizide. Unternehmen nutzen diese rechtlichen Doppelstandards aus: Pestizidwirkstoffe, die in der EU nicht zugelassen sind, dürfen in andere Regionen der Welt verkauft werden. Zahlen, die von PAN erhoben wurden, zeigen, dass im Jahr 2017 62 von 233 Pestizidwirkstoffen, die aus Deutschland exportiert wurden, auf ihrer Liste der HHPs stehen.²² Als offiziell verboten galten allerdings nur neun, denn Unternehmen bedienen sich oftmals einem Trick: Bestimmte Wirkstoffe melden sie in der EU erst gar nicht an, wenn sie mit größerer Wahrscheinlichkeit nicht zugelassen werden.²³

Dass der Trend beim Export hochgefährlicher und in der EU nicht genehmigter Pestizidwirkstoffe jedoch nach oben geht, zeigen aktuelle Zahlen aus der Pestiziddatenbank der EU. In einer im April 2020 erschienenen Studie, die von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und vier weiteren Organisationen gemeinsam herausgegeben wurde,²⁴ recherchierten sie eine Liste mit insgesamt 24 Pestizidwirkstoffen, die von Bayer und BASF nach Brasilien exportiert werden und gleichzeitig in der EU nicht genehmigt sind. Unter diesen 24 befinden sich Wirkstoffe wie das Fungizidwirkstoff Carben-dazim, das Gendefekte verursacht, die Fruchtbarkeit beeinträchtigen und das ungeborene Kind schädigen können. Ähnlich wie das Herbizidwirkstoff Ioxynil, das noch dazu giftig beim Einatmen

Exportschlager Soja

Viele Länder Südamerikas, darunter auch Brasilien, haben in den vergangenen Jahrzehnten einen Boom beim Anbau und Export von Soja erlebt. Der überwiegende Teil der dort angebauten Sojabohnen ist gentechnisch verändert. Damit einher geht der intensive und immer weiter steigende Einsatz von Pestiziden. Darunter fällt auch der erhöhte Einsatz von auf Glyphosat basierten Herbiziden. Die EU ist mit einer Menge von ca. 33 Millionen Tonnen im Jahr nach China der zweitgrößte Abnehmer von Soja aus Brasilien.²⁷

Soja ist ein wesentlicher Bestandteil der Futtermittel, die bei der konventionellen Produktion von tierischen Lebensmitteln wie Fleisch, Milchprodukten oder Eiern eingesetzt werden. Der Konsum von tierischen Produkten in Europa erfordert also über 30 Millionen Tonnen Soja im Jahr, was eine Anbaufläche von 10 Millionen Hektar beansprucht.²⁸ Pro Person ergibt das einen Bedarf von 53 Kilogramm Soja pro Jahr, die mit enormen Schäden an Umwelt und Menschen in den Anbaugebieten erzeugt werden.

Deutschland und Europa müssen aktiv werden: Die gesundheitlichen Auswirkungen des Verzehrs und der Verfütterung von mit Einsatz von Gentechnik erzeugtem Soja innerhalb Deutschlands und der EU müssen auf den Prüfstand gestellt werden. Derzeit sind nach Ansicht der EU-Kommission die Risiken der Gentechnik-Pflanzen unabhängig von der Anwendung der Herbizide zu bewerten, gegen die sie resistent sind. Das führt dazu, dass die Zulassungsprüfungen hinsichtlich der Mengen der Herbizide und der spezifischen Rückstände völlig unzureichend sind.²⁹ Dabei zeigen aktuelle Studien, dass die Mengen der eingesetzten Herbizide in der Praxis deutlich höher liegen, als von den Herstellern empfohlen und in den Zulassungsprüfungen angewendet. Zudem werden gesundheitliche Risiken, u.a. von Pestizid-Zusatzstoffen wie POE-Tallowaminen, die in mehreren Ländern der EU verboten sind, von den Prüfbehörden ignoriert.³⁰ Dabei sind diese Zusatzstoffe oft noch giftiger als Glyphosat selbst. Auch die Europäische Lebensmittelbehörde (EFSA) stellt fest, dass hier weitere Untersuchungen nötig sind und es derzeit nicht möglich sei, die gesundheitlichen Risiken der Rückstände der Pestizidmischungen, die in den Anbauländern eingesetzt werden, zu bewerten.^{31/32}

und schädlich fürs Auge ist. Die beiden Fungizidwirkstoffe Propineb und Thiram können Hautreaktionen auslösen und beim Einatmen langfristig Organe schädigen. Das Insektizidwirkstoff Thiodicarb ist hochgiftig für Bienen und neben Propineb und dem Herbizidwirkstoff Oxadiazon laut US-Umweltschutzbehörde wahrscheinlich krebserregend.²⁵

Das Ausnutzen rechtlicher Doppelstandards schadet jedoch sogar Verbraucher*innen innerhalb der EU: Denn hier teilweise verbotene Substanzen gelangen durch Produkte aus Nicht-EU-Staaten als Rückstände in Tee und Kaffee,

Zitrusfrüchten und anderen Lebensmitteln in EU-Staaten zurück auf den Tisch. Der Großteil bleibe laut PAN dennoch im Anwenderland und „trägt dort zur Vergiftung von Lebensräumen und Menschen bei.“²⁶

Der Einsatz von HHPs ist weltweit ungleich verteilt. Eine Recherche des Journalist*innenkollektivs Uearthed, die von den Nichtregierungsorganisationen Greenpeace und Public Eye in Auftrag gegeben wurde, ergab, dass hochgefährliche Pestizide in ärmeren Staaten öfter eingesetzt werden. Uearthed recherchierte, dass die in *Crop Life International* vertretenen Unternehmen

durchschnittlich 27 Prozent der Umsatzerlöse mit HHPs in Ländern mit hohem Einkommen erzielten. Im Vergleich dazu liege der Anteil in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen bei 45 Prozent.³³

Die mit Abstand wertvollsten Märkte für die von diesen Unternehmen verkauften hochgefährlichen Pestizide sind Länder, die Soja und Mais produzieren. Diese Pflanzen werden größtenteils zur Versorgung der Fleischindustrie mit Tierfutter angebaut. Gerade auf diese Exportgüter ist Brasiliens Agrarsektor ausgerichtet. Das Land gibt jährlich 3,3 Milliarden US-Dollar für den Import von Pestiziden aus - 49 Prozent davon sind HHPs. Kein Land der Welt gibt mehr Geld für den Import von Pestiziden (sowohl HHPs als auch andere) aus.³⁴

Ob Pestizidwirkstoffe, darunter auch HHPs in einem Land zugelassen werden, entscheiden auch Agrarkonzerne. Ihr politischer Einfluss auf die Ausgestaltung von gesetzlichen Richtlinien spielt eine große Rolle. Hilal Elver, die UN-Sonderberichterstatterin für das Recht auf Nahrung, schätzt den Einfluss der Unternehmen über Regierungen und Wissenschaft als zu hoch ein. In einem gemeinsamen Bericht für den UN-Menschenrechtsrat aus dem Jahr 2017 beschuldigten sie und ihr Kollege Baskut Tuncak Pestizidhersteller der systematischen Verleugnung von verursachten Schäden und möglichen Auswirkungen ihrer Produkte, einer „aggressiven, unethischen Marketingtaktik“ und intensiver Lobbyarbeit gegenüber Regierungen, die zur Behinderung von Reformen und einer Lähmung globaler Pestizidbeschränkungen geführt hätten.

Die Industrie verwendet häufig den Begriff des „vorsätzlichen Missbrauchs“, um die Schuld auf die vermeidbaren Auswirkungen gefährlicher Pestizide auf die Benutzer*innen zu übertragen.³⁵

Der Argumentation der Industrie zufolge würde bei richtigem Gebrauch von Pestiziden kein Risiko bestehen.

Tatsächlich liegt die Verantwortung für den Schutz der Anwender*innen sowie Verbraucher*innen während des gesamten Produktions- und Anwendungszyklus beim Pestizidhersteller. Unzureichende Informationen auf Produkten führen dazu, dass sich Anwender*innen nicht ausreichend über die Gesundheitsgefahren von Pestiziden aufklären können. So wird z.B. das Bayer-Pestizid Nativo in Europa mit dem Warnhinweis vermarktet, dass dieses Produkt „möglicherweise das ungeborene Leben schädigen“ kann. In Indien jedoch verschwindet dieser Warnhinweis beim gleichen Produkt der Bayer Tochter Bayer CropScience Ltd. India. Bayer begründete diese Etikettierung damit, dass es nach indischem Gesetz legal sei, diese Information wegzulassen.³⁶ Auch in Brasilien wird das Pestizid Nativo von Bayer vertrieben. Was in Indien (noch) möglich ist, wird in den USA geahndet. Erst im März 2020 stimmte der Konzern bei einem Prozess im US-Bundesstaat Missouri einer Vergleichszahlung von 40 Millionen US-Dollar zu. Bayer (bzw. ehemals Monsanto) hatte Gesundheitsrisiken auf den Etiketten des Unkrautvernichters Roundup verschleiert und muss die Produktinformation nun ändern.³⁷

Hinzu kommt, dass es Arbeiter*innen in der Landwirtschaft oft an angemessener Schutzkleidung oder Möglichkeiten zur Entsorgung fehlt. Werden Pestizide durch Sprühflugzeuge verbreitet, gelangen sie buchstäblich bis vor die Haustür von Bewohner*innen umliegender Ortschaften. Den Konzernen ist all dies bekannt, dennoch mangelt es an deutlicher Aufklärungsarbeit und Stellungnahmen zur eigenen Unternehmensverantwortung.

Fallbeispiel:

Indigenes Gebiet Marãiwatsédé - Gewässer der Xavante sind kontaminiert

Die indigenen Xavante haben ihr Gebiet Marãiwatsédé im Nordosten des Bundeslands Mato Grosso zurückerobert. Viele Jahre hatten sie darum gekämpft, nachdem sie in den 1950er Jahren vertrieben worden waren. Erst drei Jahre nach der offiziellen Anerkennung im Jahre 2010 waren alle Eindringlinge vertrieben. Auf dem Gebiet der Xavante hatten sie jahrelang Soja, Mais und Reis angebaut. In einer Untersuchung im Jahr 2013 wurde festgestellt, dass durch diese Kulturen Pestizide in die Wasserquellen der Xavante gelangt waren: Zurückgelassene, nicht vollständig geleerte Giftbehälter hatten mit hoher Wahrscheinlichkeit umliegende Gewässer verseucht. Die Xavante tranken dieses Wasser. Anschließend litten sie an Durchfall, Übelkeit und Magenbeschwerden. Vier Kinder sind vermutlich durch das vergiftete Wasser gestorben. An verschiedenen Orten wurden Proben entnommen, dabei wurde Permethrin gefunden. Diese Chemikalie kann zu Augen- und Hautreizungen führen und ist potenziell krebserregend, schädigt die Nerven, beeinflusst hormonelle Prozesse und kann die Fruchtbarkeit und Entwicklung beeinflussen. Permethrin hat eine mäßige Persistenz (Beständigkeit) im Boden. Es ist giftig für Wasserinsekten und extrem giftig für Bienen.

Die rund 960 Xavante hatten keinen zuverlässigen Zugang zu sauberem Wasser, da die elektrische Pumpe damals immer wieder ausfiel. So mussten sie Wasser von den kontaminierten Gewässern zum Kochen, Trinken und Waschen benutzen.

Ihr Territorium ist von Soja- und Mais-Plantagen umgeben. Die Xavante bauten selber Mais an, ein paar hundert Meter entfernt von einer konventionellen Maisplantage. Unabhängig davon, ob es sich dort um eine Hybridzüchtung oder genetisch veränderte Sorte handelte: Es bestand die Gefahr, dass sich die Sorten auf den beiden Feldern kreuzten. Zudem besprühten Flugzeuge die Felder, wodurch Pestizide in das Xavante-Territorium getragen wurde. Aufgrund des Pestizideinsatzes und der Ausweitung der Plantagen wird immer mehr Wald vernichtet, die Zahl der dort beheimateten Tiere geht zurück, sodass die Jagd der Xavante beeinträchtigt wird.

Es wurden zwischen 2005 und 2012 schätzungsweise etwa 300 Liter Pestizide auf rund 9.000 Hektar Fläche des Gebietes Marãiwatsédé ausgebracht. Davon gelten 22 Prozent als extrem toxisch (Klasse I), 23 Prozent als hoch toxisch (Klasse II), 34 Prozent als mäßig toxisch (Klasse III) und weitere 21 Prozent als wenig toxisch (Klasse IV).³⁸



Das Territorium der Xavante ist von Soja- und Mais-Plantagen umgeben. Der Anbau dieser Kulturen hinterlässt Rückstände von Pestiziden in den Wasserquellen der Xavante. Foto: André Villas Boas/ISA

4. Bayer-Monsanto: Eine Fusion mit Folgen

63 Milliarden US-Dollar hatte der „Deal“ den Leverkusener Pharmakonzern gekostet: Am 7. Juni 2018 übernahm Bayer den US-amerikanischen Saatguthersteller Monsanto. Mit dem Zukauf wurde Bayer zum weltgrößten Anbieter von Pflanzenschutzmitteln und Saatgut. Das Pharmaziegeschäft wurde um den Sektor Agrarchemie deutlich erweitert und steht hier mit 23 Prozent Marktanteil knapp hinter ChemChina (einschließlich Syngenta) weltweit auf Platz zwei.³⁹

Monsanto soll schon 2015 intensiv nach Übernahmeprojekten gesucht haben. Es liefen weniger erfolgreiche Gespräche mit mehreren Pharmariesen – darunter mutmaßlich auch BASF. Im Jahr 2016 nahmen Bayer und Monsanto ersten Kontakt miteinander auf. Kurz darauf eröffnete Bayers neuer Vorstandschef Werner Baumann ein erstes Angebot: 122 Dollar je Monsanto-Aktie. Die öffentliche Fusionsvereinbarung folgte am 14. September 2016, welche die Aktionär*innen im Dezember in der Hauptversammlung genehmigten. Zwei Jahre dauerten die Verhandlungen, bis Bayer Monsanto am 7. Juni 2018 übernahm.

Die Übernahme von Monsanto war nicht nur der größte Deal in Bayers Konzerngeschichte, sondern der deutschen Wirtschaft überhaupt.⁴⁰ Bayer betonte in seinen Übernahmezielen dabei immer wieder, dass angesichts der massiv anwachsenden Weltbevölkerung neue Wege der Ernährungssicherheit gefunden werden müssten. Dieser Herausforderung wolle sich der Konzern nun stellen.⁴¹

Dabei setzte Bayer auf die Strahlkraft seines guten Images, dass dem skandalumwobenen Konzern Monsanto überschatten sollte. Bayer macht jedoch heute mit Klagewellen, Aktieneinbußen und Stellenabbau Schlagzeilen. Gleichwohl hat sich die Fusion wirtschaftlich bisher rentiert.

Problematisch bleibt das Geschäftsmodell dennoch: Bayer übernahm Monsantos Verkaufsprinzip, in dem genmanipulierte Saatgut mit direkt darauf abgestimmten Herbizid vertrieben werden. Diese treiben jedoch viele Kleinerzeuger*innen in die Abhängigkeit großer Agrarkonzerne.⁴² Die Herbizide töten jegliches pflanzliche Leben und verschonen nur die, die durch genetische Eingriffe dem Herbizid gegenüber resistent gemacht wurden. Auswirkungen auf Biodiversität, Böden und Wasser sowie auf Gesundheitsrisiken für Erzeuger*innen sind in diesem Geschäftsmodell ausgeklammert. „Wer die Saat hat, hat das Sagen“, lautet ein weitläufiges Bonmot. Wer sich Patente sichert, erhält Kontrolle über das Saatgut und damit über Landwirtschaft und Lebensmittelherzeugung.

Mit der Übernahme hatte Bayer im Sommer 2018 erstmals komplette Einsicht in die Geschäftsunterlagen von Monsanto. Zeitgleich häuften sich in den USA Sammelklagen von Landwirt*innen, die wegen des Unkrautvernichters „Roundup“ schwer erkrankt waren. Bemerkbar machte sich das auch am Aktienkurs. Anfang 2016 lag die Bayer-Aktie bei einem Höchststand von 121,34 Euro pro Aktie. Im März 2019 erreichte sie ihren Tiefstand

und stürzte auf 56,29 Euro ab. Kurz darauf wurden Umstrukturierungspläne des neu fusionierten Unternehmens bekannt. Dabei sollten weltweit insgesamt 12.000 Stellen wegfallen, 4.500 davon allein in Deutschland.⁴³ Zur Bayer-Hauptversammlung im April 2019 verweigerten die Aktio-

när*innen erstmals dem Vorstand die Entlastung. Eine symbolische Ohrfeige, die das Misstrauen gegenüber der Konzernführung verdeutlicht. Dennoch blieben Vorstand und Vorstandschef bis heute im Amt, denn der Monsanto-Deal brachte dem operativen Geschäft deutliche Gewinne ein.

Klagewelle gegen Monsanto - Krebserkrankungen durch Glyphosat

Seit 2019 explodierte die Zahl der Klagen in den USA von 12.000 auf aktuell 125.000.⁴⁴ Menschen, die schwer bzw. unheilbar erkrankt waren, sahen den Grund im auf Glyphosat basierten Unkrautvernichter „Roundup“. Mehrere Urteile in den USA folgten aufeinander, darunter auch welche mit historischen Schadensersatzsummen. Die Geschworenen des Bundesgerichts im kalifornischen Oakland verurteilten Bayer in nur einem Fall zu einer Entschädigung von über zwei Milliarden US-Dollar. Das Ehepaar Alva und Alberta Pilliod hatte jahrzehntelang das Unkrautvernichtungsmittel „Roundup“ benutzt. Die beiden über 70-jährigen leiden heute an unheilbarem Lymphdrüsenkrebs.⁴⁵ Das Urteil wurde im Berufungsverfahren auf 86,7 Millionen US-Dollar gesenkt, auch diese Summe wurde von Bayer nicht akzeptiert. Der Konzern hat angekündigt, in allen sogenannten Musterprozessen durch alle Instanzen bis vor den Obersten Gerichtshof der USA zu ziehen.⁴⁶ Im zweiten prominenten Fall des Hausmeisters Dewayne Johnson, der nach zweijähriger Nutzung von „Roundup“ ebenfalls an Lymphdrüsenkrebs erkrankte, hat der Chemiekonzern nach jahrelangem Rechtsstreit im März 2021 das erste US-Gerichtsurteil akzeptiert. Johnson erhält Schadensersatz in Höhe von 20,5 Millionen US-Dollar. **Mit der Anerkennung des Schuldspruchs fechtet Bayer in diesem Fall nicht mehr an, dass Glyphosat, der weltweit meistverkaufte Pestizidwirkstoff, Krebs verursacht hat.**⁴⁷ Der Staranwalt Ken Feinberg hat im Auftrag von Bayer im Juni 2020 eine außergerichtliche Einigung mit 90.000 Kläger*innen erzielt, in der Bayer rund 10,9 Milliarden US-Dollar zahlen will. Nachdem der zuständige US-Bezirksrichter Vince Chhabria Zweifel an der Einigung geäußert hatte, hat Bayer im Februar 2021 zwei weitere Milliarden US-Dollar zugesagt. Wegen der Kursverluste klagen Bayer-Investor*innen nun auf Schadensersatz.⁴⁸

Fallbeispiel:

Munduruku - Sojaanbau weitet sich nach Norden aus

Nur zehn Meter entfernt vom Dorf Açaizal in der Nähe der Stadt Santarém (Bundesstaat Pará) liegen Sojaplantagen. „Wenn es zu regnen beginnt, fangen sie an, Gift auszubringen. Sie wollen das Unkraut töten. Jede Woche tragen sie Gift auf die Sojapflanzen, um auch die Insekten zu töten“, berichtet der 57-jährige Munduruku Paulo Bezerra. Die Folge: Die Munduruku leiden unter Übelkeit, Hautausschlag, Kurzatmigkeit und Schwindelgefühl. „Jeden Tag sterben wir Stück für Stück in unserem Dorf“, fährt er fort. Die Gifte seien bereits in den Flüssen und im Grundwasser und auch die Anbauflächen der Indigenen würden verseucht, sagt der Anführer des Dorfes, Josenildo Munduruku. „Unsere Angehörigen werden jeden Tag kränker, unsere Tiere und die Wildtiere im Wald verschwinden durch den Einsatz von Pestiziden. Sie können uns mit dem Gift töten“, befürchtet er. Neben den Krankheiten beeinträchtigen die Pestizide die Ernte so stark, dass es nicht mehr zur autarken Ernährung reicht.

Die Munduruku haben Anzeige gegen die Verantwortlichen der Sojaplanlage erstattet, aber die lokalen Behörden reagierten nicht auf ihre Beschwerde. Die Indigenen spüren, dass staatliche Stellen Vergehen weniger ahnden als vor der Wahl von Jair Bolsonaro: „Hier begünstigt die Regierung die Familie des Plantagenbesitzers und nicht unsere mehr als 60 Familien vom Volk Munduruku. Jeden Tag merken wir, dass die Waldflächen weniger werden“, sagt Josenildo Munduruku.

Das Dorf Açaizal liegt in der Nähe des Maicá-Sees, wo sich die Flüsse Tapajós und Amazonas treffen. Seit Jahren kämpfen die Munduruku um die offizielle Anerkennung ihres Gebietes. Artikel 231 der brasilianischen Verfassung von 1988 garantiert indigenen Völkern das Recht auf ihre traditionellen Territorien. Innerhalb von fünf Jahren – also bis 1993 – sollten diese Gebiete demarkiert und den indigenen Völkern übertragen werden. Hunderte von Gemeinschaften warten bis heute auf ihre Anerkennung – auch die Munduruku bei Santarém.

Einst eine schlafende Stadt im Amazonas-Gebiet, wurde Santarém mit dem Bau der Bundesstraße BR-163, die die Stadt seit den 1970er Jahren mit Cuiabá verbindet, zum Knotenpunkt des brasilianischen Sojahandels. Nicht weit vom Dorf der Munduruku entfernt fahren die Lastwagen zum Verladehafen des multinationalen Lebensmittelkonzerns Cargill. Von hier aus wird die Fracht per Schiff in Richtung Atlantik transportiert.

Der Großteil von Brasiliens Soja wird immer noch im Bundesstaat Mato Grosso produziert, der im Süden an den Bundesstaat Pará grenzt. Doch seit dem Bau der Bundesstraße, die mitten durch den Amazonas verläuft, drängen die Sojaanbauflächen immer weiter in den Norden.⁴⁹



Die Plantagen rücken immer weiter in das indigene Gebiet vor, was die Existenz der Munduruku bedroht. Die Sojaplantage ist jetzt schon nur zehn Meter entfernt von den Munduruku-Hütten. Foto: T.Milz/DW



Fallbeispiel:

Ein bislang beispielloser Gerichtsurteil für die indigene Gemeinde Tey Jusu in Mato Grosso do Sul

Am 11. April 2015 wurde die indigene Gemeinde Tey Jusu der Guarani Kaiowá in Caarapó im Bundesstaat Mato Grosso do Sul, 270 Kilometer südlich der Stadt Campo Grande von einem Flugzeug aus mit dem Bayer-Fungizid Nativo besprüht. Eine Maisplantage sollte mit dem Pilzgift behandelt werden. Wenige Meter von der Plantage entfernt lebten fünf indigene Familien. Kinder und Erwachsene wurden vergiftet, litten unter Kopf- und Halsschmerzen, Durchfall und Fieber.

Das eingesetzte Produkt Nativo besteht aus den Wirkstoffen Tebuconazol und Trifloxystrobin. Es wird von der brasilianischen Umweltbehörde Ibama und der Gesundheitsaufsichtsbehörde Anvisa als sehr umweltgefährdend bzw. mittelgiftig eingestuft.

Die Gemeinschaft lebt seit 2014 in der Region und umfasst etwa 70 Menschen in 27 Hütten. Seit 2016 ist das Land anerkanntes indigenes Gebiet. Die finale Demarkierung wurde allerdings noch nicht vorgenommen. Nur einige Angehörige des Volks sprechen Portugiesisch, die traditionelle Sprache ist Guarani.

Das Bundesgericht von Mato Grosso do Sul fällte nach dem Vorfall eine beispiellose Entscheidung. Es verurteilte den Landwirt, den Piloten und das Flug-Unternehmen zu einer gemeinsamen Zahlung von 150.000 R\$ (ungefähr 31.700 Euro) an die indigene Gemeinde. Bei der Ausbringung von Pestiziden aus der Luft ist eine Mindestentfernung von 500 Metern zu menschlichen Siedlungen gesetzlich vorgeschrieben.

Einige Hütten waren nur 30 oder 50 Meter von der Maisplantage entfernt. Das Gericht urteilte, dass die Verantwortlichen das Risiko einer Vergiftung der Indigenen bewusst in Kauf nahmen.

Es war nicht das erste Mal, dass die Gemeinde aus der Luft mit Pestiziden besprüht wurde: „Es ist zweimal passiert: 2015 und dann noch einmal 2016. Nachdem wir es an Marco Antônio [dem zuständigen Staatsanwalt] übergeben hatten, hat es aufgehört. Jetzt wird nur noch mit dem Traktor gespritzt“, sagt Naldo Damiel, Anführer der Gemeinde Tey Jusu.

Der Staatsanwalt sagt, dass es in solchen Fällen nicht notwendig ist zu beweisen, dass die Betroffenen vergiftet wurden oder wie genau sie betroffen sind. Das Sprühen mit zu wenig Abstand zu Siedlungen gilt bereits als zu ahnender Tatbestand. Trotz der eindeutigen Rechtslage ist diese Entscheidung einmalig. In anderen ähnlichen Fällen haben Gerichte nicht zugunsten der Indigenen, Quilombolas oder Kleinbäuer*innen entschieden.⁵⁰



Nach dem beispiellosen Gerichtsurteil wurde die indigene Gemeinschaft entschädigt und jetzt wird nicht mit Flugzeugen, sondern nur mit Traktoren gespritzt. Foto: Pixabay Cco

5. Bayer in Brasilien



*Bayer-CEO Werner Baumann trifft Präsident Bolsonaro zu einem persönlichen Gespräch in São Paulo, Oktober 2019.
Foto: Marcos Corrêa/PR (CC BY 2.0)*

Die deutschen Marktriesen Bayer und BASF verkaufen viele Pestizide in alle Welt. Deutschland liegt hinter China und den USA an dritter Stelle im weltweiten Pestizidexport (Stand 2019).⁵¹ Dabei ist für Bayer der Verkauf von HHPs ein wichtiger Wirtschaftszweig. Laut Uearthed erzielte der Konzern 2018 insgesamt 36,7 Prozent, d.h. 4,6 Milliarden US-Dollar, mit dem Verkauf hochschädlicher Pestizide.⁵²

Ein Jahr nach der Übernahme von Monsanto konnte Bayer das Geschäftsjahr 2019 mit erfolgreichen Zahlen abschließen. Im Agrargeschäft (Crop Science) steigerte Bayer deutlich den Umsatz um 1,4 Prozent auf 19 Milliarden Euro dank der Übernahme von Monsanto, d.h. besonders durch Geschäfte mit Pestiziden sowie Saatgut.⁵³

Bayer sieht in Brasilien einen wichtigen Wachstumstreiber für die globale Getreidesparte. In Lateinamerika erwirtschaftete Bayer laut eigenen Angaben 5,8 Milliarden Euro in 2018 in den Ländern Mexiko, El Salvador, Kolumbien, Brasilien und Argentinien. Brasilien nimmt dabei eine wichtige Stellung ein. Dabei sollen rund 80 Prozent des brasilianischen Umsatzes aus dem Pflanzengeschäft kommen, einschließlich Agrochemikalien und Lizenzen für gentechnisch verändertes Saatgut.⁵⁴

Brasilien – Land der Pestizide

Die brasilianische Landwirtschaft (einschließlich der Viehwirtschaft) treibt die Volkswirtschaft des Landes an. In den vergangenen vier Jahrzehnten wurde der industrielle Anbau von Exportgütern in Form von – größtenteils genveränderten – Monokulturen auf immer größeren Anbauflächen kontinuierlich ausgebaut. So stieg die Anbaufläche um mehr als 60 Prozent und die Produktivität um das Dreifache. Eines der Merkmale des Agrarsektors ist der Anbau auf großen Plantagen: Auf Flächen von über 1.000 Hektar entfallen weniger als 1 Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe des Landes, aber 45 Prozent aller landwirtschaftlichen Flächen.⁵⁵ Nach den USA ist Brasilien das Land mit dem größten Flächenanbau von genveränderten Saatgut anbau insbesondere durch seine Haupterzeugnisse Sojabohnen, Mais, Zuckerrohr und Baumwollkulturen.⁵⁶

Der großflächige Anbau von Monokulturen geht einher mit dem hohen Einsatz von Pflanzenschutzmitteln. Dabei spielt Soja eine wichtige Rolle, denn zwei Drittel der extrem toxischen Pestizide werden im Sojaanbau benutzt.⁵⁷ Brasilien ist der weltweit größte Käufer von Pestiziden (in 2018 im Wert von 3,3 Milliarden US-Dollar). Dabei werden heute dreimal so viel Pestizide eingesetzt als noch vor 15 Jahren – auch weil sich Resistenzen bilden, braucht es immer neue Wirkstoffe und wiederholte Anwendungen.⁵⁸ So wie sein Vorgänger Michel Temer steht auch Brasiliens amtierender Präsident Jair Bolsonaro der mächtigen brasilianischen Lobby für Agrarindustrie nahe. Wie wichtig der Politik die Agrarunternehmen sind, zeigt ihre Steuerpolitik: Die Steuerbefreiungen für Pestizide in Brasilien belaufen sich auf 2,2 Milliarden US-Dollar pro Jahr und sind damit fast viermal so hoch wie das Gesamtbudget des Umweltministeriums für 2020 (600 Millionen US-Dollar).⁵⁹ Auch jetzt, während der Coronakrise, ziehen sich die Steuerbefreiungen durch, für das 20. Jahr in Folge. Mato Grosso, das Bundes-

land, das am meisten Soja anbaut und am meisten Pestizide kauft, hat am meisten Pestizidsteuer erlassen.⁶⁰

Seit 2016 wurden in nur drei Jahren mehr als 1.200 Pestizide in Brasilien erlaubt, darunter 193 mit in der EU verbotenen Chemikalien. Eine Reihe ausländischer Unternehmen hat in Brasilien Produkte registrieren lassen, die Chemikalien enthalten, die in ihren Heimatländern nicht zugelassen wären.⁶¹ In Brasilien hat sich seit der Regierungsübernahme von Jair Bolsonaro im Januar 2019 die Lage noch einmal verschärft: Landwirtschaftsministerin Tereza Cristina ließ allein im Jahr 2019 in Rekordzeit 503 Pestizide neu zu.⁶² Die Zulassungen steigen kontinuierlich an und erreichen aktuell eine Gesamtzahl von 1.132 neu registrierter Pestizide seit dem Amtsantritt von Bolsonaro. Unter ihnen befindet sich auch das Herbizid Dicamba, das Gegenstand eines Urteils wegen Schadensersatz und Strafzahlung in Höhe von 265 Millionen US-Dollar gegen Bayer und BASF im US-amerikanischen Bundesstaat Missouri ist.⁶³

Die Regierung von Bolsonaro beabsichtigt, die Pestizidvorschriften in den kommenden Monaten weiter zu liberalisieren. Mit dem Gesetzentwurf Projeto de Lei n° 6.299/2002, besser bekannt als „Gift-Paket“, ist geplant, das bestehende Agrochemiegesetz dahingehend zu ändern, dass die Kontrolle und Bewertung neuer Wirkstoffe ausschließlich dem Landwirtschaftsministeriums unterliegen. Das Gesundheits- und das Umweltministerium würden ihre Veto-Möglichkeit bei der Registrierung von Pestiziden verlieren.⁶⁴ Diese Gesetzesvorlage wird von den brasilianischen Agrarlobbyverbänden CropLife Brasilien und SINDIVEG offen unterstützt. Bayer ist bei beiden Mitglied.⁶⁵

Gleichzeitig ist Brasilien Weltmeister beim Pestizideinsatz, mit einem Verbrauch von über 1,4 Milliarden Kilogramm pro Jahr oder 7 Kilogramm pro Hektar.⁶⁶ Zwar ist Agrarwirtschaft eine lukrative und zentrale Wirtschaftssparte für das Land, doch trüben die Schäden an Mensch und Umwelt die

wirtschaftlichen Erfolge. Untersuchungen legen offen, dass es bereits ein ernsthaftes Problem mit der Belastung von Wasser gibt. Offizielle Daten der brasilianischen Behörden, ausgewertet von Repórter Brasil, ergaben, dass sich in São Paulo, Rio de Janeiro und 1.394 anderen Städten und Gemeinden giftige Rückstände im Wasser des Versorgungsnetzes befinden. In einer von vier brasilianischen Städten wurde im Zeitraum zwischen 2014 und 2017 ein Cocktail von 27 verschiedenen Pestiziden nachgewiesen, elf davon werden mit der Entwicklung chronischer Krankheiten wie Krebs, fetaler Missbildung, hormoneller und reproduktiver Störungen verbunden.⁶⁷ Auf dem Land beobachtet man in Gebieten mit Sojaanbau eine noch höhere Belastung und Inzidenz von solchen Krankheiten.^{68/69}

In Brasilien ist die Zuständigkeit für Pestizidfragen zwischen nationalen, staatlichen und lokalen Behörden aufgeteilt. Zwar gibt es eine bestehende Regulierung durch das brasilianische Landwirtschaftsministerium, die das Versprühen von Pestiziden aus der Luft in einem Umkreis von 500 Metern um Dörfer, Städte, Gemeinden, Nachbarschaften und Wasserquellen verbietet. Diese 500 Meter gelten als ausreichende Pufferzone und sollen verhindern, dass der Pestiziddrift sensible Orte erreicht. Jedoch gibt es keine entsprechende Behörde, die sicherstellt, dass die Regelungen eingehalten werden.⁷⁰

Fallbeispiel:

Pestizide belasten Wasser im indigenen Gebiet Urubu Branco

Auch Kleinbauer*innen und Landlose werden durch den Einsatz von Pestiziden vertrieben. Großgrundbesitzer*innen fliegen absichtlich über ihre Siedlungen und ihre Felder, so erzählt Frau Valdiva de Oliveira, Kleinbäuerin in einer Landlosensiedlung in Confresa, Mato Grosso. Ihr Obst und ihr Maniok wurde vernichtet und sogar die Kühe starben. In unmittelbarer Nähe liegt die Farm Luta, der größte Sojaproduzent in der Region. In der Nachbarschaft der Sojafarm liegt auch das indigene Gebiet Urubu Branco. Dort leben die Apyãma, auch bekannt als Tapirapé. Ihr Territorium ist umgeben von Soja- und Maisplantagen. Seit langer Zeit beschwerten sich die Indigenen über die Verseuchung ihrer Flüsse durch die flussaufwärts liegende Farm Luta. Die Gewässer werden durch den Einsatz von Pestiziden, vor allem Glyphosat, vergiftet. Die 800 Tapirapé sind auf die Flüsse in mehrfacher Weise, zum Baden, Waschen und Angeln, angewiesen. Essen sie die Fische oder kommen sie mit dem Wasser in Kontakt, zeigen sich Symptome von Pestizidvergiftungen.

Vor drei Jahren forderte ihr Anführer Kamoriwai'i Elber Tapirapé die Betreiber der Farm Luta auf, nicht direkt am indigenen Gebiet zu sprühen, denn die Bewohner*innen konnten die durch den Wind verbreiteten Pestizide riechen und viele von ihnen erkrankten. Die Verantwortli-

chen der Farm behaupteten daraufhin, die Pestizide wären nur für Insekten schädlich, nicht für Menschen. Von offizieller Seite wird das anders eingeschätzt: „Pestizide werden als Mittel eingesetzt, um den Gemeinden, die eine Region bewohnen, das Leben so schwer wie möglich zu machen“, sagt Marco Antônio Delfino de Almeida, der Staatsanwalt im Bundesstaat Mato Grosso.

Marlene Tapirapé, Heilerin (Pajé) der indigenen Gemeinschaft, berichtet über die vermehrten Fälle von Durchfall durch den Kontakt mit dem verseuchten Fluss. „Früher war das nicht so. Jetzt ist der weiße Mensch näher und bringt Krankheiten mit sich. Wenn ich für diese von Weißen verursachten Krankheit kein Heilmittel habe, dann schicke ich die Leute ins Krankenhaus.“ Für Mitarbeiter*innen der nächstgelegenen Gesundheitsstation liegt die Vermutung nahe, dass die betroffenen Indigenen durch Chemikalien vergiftet wurden. Am häufigsten klagen sie über Atemwegserkrankungen und Durchfall, Symptome, die durch Kontakt mit verseuchtem Wasser oder mit dem Verzehren von vergifteten Fischen einhergehen könnten. Die Pestizide, denen die Bevölkerung in Mato Grosso ausgesetzt ist, sind mit 67 Litern pro Person fast zehnmal höher als im Landesdurchschnitt mit 7,3 Liter. Gleichzeitig besitzt das Bundesland die größte Flotte von Sprühflugzeugen in ganz Brasilien.⁷¹



*Heilerin Marlene Tapirapé versucht die Pestizidvergiftungen mit natürlichen Heilmitteln zu heilen.
Sie ist besorgt, weil sie nicht immer über Heilmittel für diese neuen Krankheiten verfügt.*

Foto: Julia Dolce/Por Trás do Alimento (CC BY-ND 4.0)

6. Deutsche Unternehmen in der Verantwortung

Die Zahlen sprechen eine eindeutige Sprache, die Betroffenen und ihre Geschichten zeichnen ein eindeutiges Bild. Von dem unregulierten Einsatz von Tonnen an Pestiziden weltweit profitieren nur die Großgrundbesitzer*innen sowie Saatgut- und Pestizidkonzerne. Für alle anderen sind sie zu tiefst schädlich. Nachdem die vergangenen Jahrzehnte gezeigt haben, dass der Pestizideinsatz eher zu- als abnimmt, gleichzeitig Klagen von Betroffenen zunehmen, müssen Verantwortliche handeln. Politik und Unternehmen zeigen sich jedoch als zähe und unbewegliche Akteure, die nicht gewillt sind, einen Paradigmenwechsel einzuleiten. Damit gemeint sind Alternativen zur konventionellen Agrarindustrie, eine Abkehr von hochgefährlichen Pestiziden, ernstgemeinte Unternehmensverantwortung und verbindliche gesetzliche Vorgaben. Es braucht internationale Regelwerke, die den Verkauf gefährlicher Pestizide weltweit einheitlich kontrollieren und rechtliche Doppelstandards unterbinden. Doch daran fehlt es bislang. Von den 310 Pestizidwirkstoffen, die in der von PAN-Liste als hochgefährlich gelistet werden, sind nur 33 derzeit international durch verbindliche Übereinkommen im Handel reguliert oder verboten.⁷²



Wir wissen, dass freiwillige Vereinbarungen auf internationaler Ebene nicht wirken. Für hochgefährliche Pestizide haben sie seit Jahren nicht gewirkt.“⁷³

Baskut Tuncak,
ehemaliger UN-Sonderberichterstatter

Fünf internationale Vereinbarungen existieren, die den Handel mit Pestiziden regulieren bzw. verbieten sollen. Zwei von ihnen sind auf freiwilliger Basis und drei für die jeweiligen Unterzeichnerstaaten verbindlich. Der Internationale Verhaltenskodex für Pestizidmanagement (**Code of Conduct**) sowie der Strategische Ansatz zum Internationalen Chemikalienmanagement (**SAICM**) sind beide freiwillig, gelten aber für alle Pestizidwirkstoffe. Das Stockholmer Übereinkommen über persistente organische Schadstoffe (**POP-Konvention**) und das Rotterdamer Übereinkommen über das Verfahren der vorherigen Zustimmung nach Inkennzeichnung für bestimmte gefährliche Chemikalien sowie Pestizide im internationalen Handel (**PIC-Konvention**) und das **Montreal Protokoll** sind völkerrechtlich verbindlich, gelten jedoch nur für einzelne spezifische Pestizidwirkstoffe. Hier hat sich gezeigt, dass die bestehenden Regelwerke nicht ausreichen, um hochgefährliche Pestizide zu verbieten. Zwar gibt es Zulassungs- und Anwendungsvorgaben, aber das Grundproblem bleibt: Die freiwilligen Vereinbarungen beziehen sich auf eine höhere Anzahl bis hin zu allen Pestizidwirkstoffen, doch wird es verbindlich, sind nicht einmal vier Prozent der weltweit eingesetzten Pestizidwirkstoffe über internationale Konventionen reguliert. Damit ist es egal, ob ein Regelwerk verbindlich ist, wenn es nur für ein paar Dutzend wenige und spezifische Pestizide gilt.⁷⁴

Der überwiegende Teil der weltweit gehandelten Pestizidwirkstoffe wird bisher nur durch die jeweilige nationale Gesetzgebung reguliert. Handlungsempfehlungen lassen sich aus den internationalen (freiwilligen) Abkommen leicht ablesen, doch auch oder gerade Länder wie Deutschland tun sich schwer, ihre Unternehmen in einen gesetzlichen Rahmen zu binden. Was muss der Gesetzgeber tun, damit sich deutsche Konzerne auch im Ausland keiner Menschenrechtsverletzung(mit)schuldig machen?

Mit dem **nationalen Aktionsplan für Wirtschaft und Menschenrechte (NAP)** hatte sich die deutsche Bundesregierung das Ziel gesetzt, die weltweite Menschenrechtslage zu verbessern und die Globalisierung mit Blick auf die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung sozial zu gestalten. Er soll verantwortungsvolles Wirtschaften und transparente und gerechte Lieferketten schaffen. Explizit heißt es: Menschenrechte zu achten, sei auch Aufgabe von Unternehmen. Im NAP hat die Bundesregierung die Erwartung formuliert, dass sich von 2016 bis 2020 mindestens 50 Prozent aller deutschen Unternehmen mit mehr als 500 Beschäftigten an den Berichtsmechanismen beteiligen, die in dem Plan entwickelt wurden.⁷⁵

Die Halbzeitanalyse, die im Dezember 2019 vorgestellt wurde, zeigte, wie ernüchternd das Unterfangen aussah: Nur 18 Prozent der Unternehmen erfüllten die menschenrechtlichen Anforderungen des NAP.⁷⁶ Die direkte Antwort auf das Scheitern des NAPs kommt aus der Zivilgesellschaft: Mit der **„Initiative Lieferkettengesetz“** schlug ein Verbund von zahlreichen deutschen Nichtregierungsorganisationen vor, deutsche Unternehmen für Verstöße gegen Menschenrechte und Umweltstandards per Gesetz haftbar zu machen.

Unter den derzeit amtierenden Ministern Hubertus Heil (BMAS) und Gert Müller (BMZ) wurde ein entsprechender **Gesetzesentwurf im März 2021** vorgelegt.⁷⁷ Leider weist dieser Entwurf erhebliche Schwachstellen auf: Die Reichweite der Sorgfaltspflichten von Unternehmen beziehen sich

nur auf direkte Vertragspartner. Unternehmen müssen ihre Risiken weiter hinten in der Lieferkette nur „anlassbezogen“ ermitteln. Es fehlt eine zivilrechtliche Haftung und damit die Möglichkeit für Opfer schwerer Menschenrechtsverletzungen, vor deutschen Gerichten Schadensersatz einzuklagen. Das Gesetz gilt nur für große Unternehmen mit 3.000 Angestellten, ab 2024 mit 1.000 Angestellten. Unternehmen mit einigen hundert Angestellten können jedoch ebenso schwere Schäden an Mensch und Umwelt anrichten. Und: Es fehlen umweltbezogene Sorgfaltspflichten.⁷⁸

Betroffene rechtlich zu stärken, wäre ein wichtiges Signal, besonders vor dem Hintergrund des **Mercosur-Freihandelsabkommens**. Würde das Abkommen zwischen EU und den Mercosurstaaten Brasilien, Argentinien, Paraguay und Uruguay wie geplant verabschiedet, bedeutete das einen Schub gerade für den brasilianischen Agrarsektor. Deutlich höhere Exporte für Soja, Mais und Zuckerrohr sind zu erwarten. Auch Einfuhrzölle aus der EU nach Südamerika etwa für Chemieprodukte würden schrittweise abgeschafft werden. Zwar beinhaltet das Abkommen ein Nachhaltigkeitskapitel, in dem indigenen Völker auch erwähnt werden, ihre Rechte werden jedoch nur schwammig und im Konjunktiv benannt. Ein Mechanismus zur Durchsetzung der Rechte fehlt. Auch verpflichtet sich Brasilien, illegale Rodungen im Amazonasregenwald zu stoppen, die Bestimmungen sind aber ebenfalls nicht einklagbar.

Ein wichtiger weiterer Schritt für die Stärkung insbesondere indigener Rechte ist die Ratifizierung der **ILO-Konvention 169**. Die bereits 1988 entstandene Konvention ist das wichtigste, weil rechtlich bindende Instrument für indigene Völker innerhalb des Völkerrechts. Nach über 30 Jahren ist nun auch Deutschland willig: Der Deutsche Bundestag hat sich am 15.04.2021 dazu entschieden, die ILO 169 zu ratifizieren.⁷⁹ Die Konvention ist ein wichtiger Anhaltspunkt, weil hier Unternehmen wegen menschenrechtsverletzender Handlungen im Ausland haftbar gemacht werden können.

Fallbeispiel:

Am Rand einer Autobahn leben Guarani Kaiowá unter prekären Bedingungen

Die Vertreibung von Indigenen aus ihren Territorien verschärft ihre ohnehin marginalisierten Lebensverhältnisse. Verantwortlich für diese Vertreibungen sind häufig Großgrundbesitzer*innen oder Unternehmen, die das indigene Land für den Anbau ihrer Monokulturen rauben. Damiana Cavanha, eine 80 Jahre alte indigene Anführerin der Guarani Kaiowá, wurde sechs Mal aus ihrem indigenen Dorf Apyka'i, vertrieben. Ihr Land wird von einer Firma beansprucht, die Ackerfläche für Zuckerrohrplantagen pachtet. Bis sie in ihr Territorium zurückkehren kann, bleibt ihr nichts Anderes übrig, als direkt an der Bundesstraße BR-463 bei Dourados zu leben. Vom eigenen Land vertrieben, bleibt der Gemeinschaft nur dieser Ort.

Das Gebiet der Guarani Kaiowá ist bereits seit 2016 in einem Anerkennungsprozess für einen Landtitel. Unter der aktuellen Regierung besteht allerdings kaum Hoffnung auf eine baldige Lösung, denn schon im Wahlkampf kündigte der heutige Präsident Jair Bolsonaro an, keinen Millimeter indigenes Land zu demarkieren. Schon seit über 20 Jahren warten die Guarani Kaiowá auf die Anerkennung ihrer Territorien. Bis dahin werden sie weiter vertrieben, ermordet, verhaftet und weiter an den Rand der Gesellschaft gedrängt.

Die Bedingungen, unter denen Damiana Cavanha lebt, sind äußerst prekär: Kein Strom, der ständige Lärm der Autobahn und kein Zugang zu sauberem Wasser. Sie und die anderen Indigenen holen sich Wasser aus einem Bach, der durch die Plantagen fließt und mit Pestiziden verseucht ist.

Nicht selten leiden sie unter Kopfwahl, Durchfall oder Übelkeit. Ein Mitglied der Gemeinschaft ist im Zusammenhang mit dem verseuchten Wasser verstorben. Sie haben jedoch keine Wahl; der Bach ist die einzige Wasserquelle, die sie haben. „Wir werden vielen Herausforderungen und Schmerzen am Rand dieser Straße ausgesetzt.“ Acht Indigene aus der Gemeinschaft wurden von Autos überfahren, sechs aus ihrer Familie. Als ihr vierjähriger Enkel überfahren wurde, durften sie nur unter Aufsicht des bewaffneten Sicherheitsdiensts der Zuckerrohrfarm ihr Territorium betreten, um das Kind auf dem indigenen Friedhof zu begraben. Da sie sich beeilen mussten, konnten sie nicht einmal ein tiefes Grab graben. Dabei sind die Rituale und Gebete um den Tod sehr wichtig für die Guarani Kaiowá. Damiana Cavanha leidet sehr unter der Einschränkung, nicht am Grab ihrer Familienmitglieder beten zu dürfen.

„Es ist schwer, das zu erzählen, aber es ist notwendig. Der Kampf, den die Guarani Kaiowá führen, ist gegen die Mächtigen, und die bringen uns um. Sie töten uns, wenn sie uns von unserem Tekoha [„Ort, an dem man ist“ im Sinne von ursprünglichem Land] wegnehmen und uns zu einem Leben im Elend verdammen. Sie töten uns, wenn sie unser Land mit Mais, Zuckerrohr und Soja besetzen und uns mit Agro-Giften bewerfen. Sie töten uns, wenn sie die Natur und alles, was sie uns an Nahrung und Wohlbefinden bietet, zerstören“, sagt sie.⁸⁰



Nachdem Damiana Cavanha sechs Mal von ihrem Territorium vertrieben wurde, lebt sie am Rand der Bundesstraße BR-463 und wartet auf die Anerkennung ihrer Landrechte. Foto: Leandro Barbosa

7. Fazit

Pestizide sind die einzigen giftigen Chemikalien, die in großen Mengen absichtlich in die Umwelt freigesetzt werden. Dabei bleiben sie lange im Boden und in Gewässern und richten noch lange nach Gebrauch Schäden an. Diese Umweltschäden führen direkt zu Menschenrechtsverletzungen, die von akuten und chronischen Erkrankungen bis zur Verletzung oder Verweigerung des Grundrechts auf Trinkwasser reichen können. Oft werden beim Ausbringen der Pestizide keine Mindestabstandsregeln eingehalten und nicht selten werden Pestizide absichtlich auf indigene Gebiete versprüht: Denn es gibt viele Konflikte um die Flächen der Indigenen, die mit allen Mitteln von ihrem Land vertrieben werden. In diesem Bericht wurden Fallbeispiele präsentiert, die zeigen, dass die Rechte der Indigenen durch das Voranschreiten des Agrarbusiness und den damit verbundenen Einsatz von Pestiziden verletzt werden. Die indigene Bevölkerung Brasiliens kämpft seit Jahrhunderten gegen Marginalisierung und Rassismus. Ihre verfassungsrechtlich garantierten Rechte stehen immer wieder zur Diskussion, was den Kampf gegen mächtige Akteure des Agrarbusiness noch zusätzlich erschwert.

Das Voranschreiten des Agrarbusiness und die fehlende Berücksichtigung der indigenen Landrechte führen zu Landraub und zu gewalttätigen Konflikten zwischen Großgrundbesitzer*innen und Indigenen. So wurden allein 2019 so viele Indigene ermordet wie nie zuvor in den vergangenen 11 Jahren.⁸¹ Menschen werden von Anbaugebieten und der für diesen Anbau notwendigen Infrastruktur von ihrem Land verdrängt. Diejenigen, die bleiben, können sich vor den massiven Gesundheitsrisiken nicht selbst schützen. Land-

arbeiter*innen, Gemeinden in der Nähe von Plantagen, indigene Gemeinschaften sowie schwangere Frauen und Kinder sind besonders gefährdet.

In diesem Bericht wurde die Rolle und Verantwortung der Saatgut- und Pestizidkonzerne erläutert. Das Leverkusener Unternehmen Bayer ist seit der Übernahme des US-amerikanischen Saatgutherstellers Monsanto Marktführer in der Branche. Das Geschäft mit der Chemie verfolgt dabei eine Logik der Doppelstandards: Pestizide werden in Deutschland produziert, die zum Teil in der Europäischen Union (EU) jedoch verboten sind. Sie werden in Länder wie Brasilien exportiert und finden v.a. Anwendung im Anbau von Soja, Mais, Zuckerrohr und Baumwolle – alles Exportprodukte, die anschließend wieder Europa erreichen: Das ist eine Verlagerung menschenrechtsverletzender und umweltverschmutzender Praktiken in Drittländer. Handel mit Produkten, dem Doppelstandards zugrunde liegen, steht im Widerspruch zur Politikkohärenz Europas und Deutschlands, die Einführung eines starken Lieferkettengesetzes zeigt sich dringender denn je zuvor.

Bayer muss unternehmerische Sorgfaltspflichten garantieren: Gerade in Ländern wie Brasilien, in denen die Regierung nicht gewillt ist, ihre Bevölkerung ausreichend zu schützen, braucht es Unternehmen, die für ihr Handeln menschenrechtlich Sorgfalt üben. Bayer sollte den Blick auf die lokale Bevölkerung richten und langfristig Geschäftsstrategien entwickeln, die ohne den Handel von HHPs auskommen. Gleichzeitig braucht es internationale Instrumente sowie nationale Gesetze, die den Einsatz von Pestiziden streng überwachen und es Betroffenen, darunter beson-

ders auch Indigenen, möglich machen, gegenüber Agrarkonzernen ihr Recht auf Land und Gesundheit einzuklagen.

Besonders Indigene leben aufgrund ihrer direkten Koexistenz mit der Umwelt ohne Schutz vor Kontaminationen und sind wirtschaftlich wie kulturell auf eine intakte Umwelt angewiesen. Ihre Beziehung zur Natur und Umwelt ist elementar und existentiell und deshalb oft anders als bei der nicht-indigenen Bevölkerung. Der Einsatz von Pestiziden können diese Lebensbedingungen unmittelbar zerstören. Das Recht der Indigenen auf eigenes Land und Gesundheit ist in der brasilianischen Verfassung und darüber hinaus im Völkerrecht garantiert, wie beispielsweise in der Erklärung der Vereinten Nationen über die Rechte der indigenen Völker (UNDRIP), und in der Konvention 169 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) fest verankert. Dennoch üben Regierung und Agrarsektor stetig hohen Druck aus, indem der großflächige Anbau von Exportgütern wie Soja, Mais und Zuckerrohr weiter vorangetrieben wird. Indigene

werden von ihrem Land vertrieben, die Vergabe von Landtiteln wird aufgeschoben und Proteste kriminalisiert. Diejenigen, die bleiben und ihre Territorien bis heute verteidigen, sind den Pestiziden unmittelbar und schutzlos ausgesetzt.

Große Agrarkonzerne, die von der Regierung unterstützt werden, sind ein ungleich mächtigerer Gegenspieler in der Auseinandersetzung um Landrechte. Pestizide werden teilweise absichtlich als Einschüchterungswaffe gegen Indigene benutzt, selten müssen die Verantwortlichen dafür haften.

Für den Schutz der Umwelt und der Menschenrechte in Brasilien ist es nötig, dass sich die Struktur der landwirtschaftlichen Nutzung wandelt: Durch die Förderung von alternativen Bewirtschaftungsmethoden, wie sie zum Beispiel die ökologische Landwirtschaft bietet, ist eine nachhaltige und umweltfreundliche Erzeugung von Nahrungsmitteln möglich, die ohne Pestizide auskommt, die Produzent*innen stärkt und die Rechte der Indigenen respektiert.

Endnoten

- ¹ Campanha Permanente Contra os Agrotóxicos e Pela Vida: "Registros 2019-2020-2021 –atualizada 14-04-2021", Emailverkehr zwischen GfbV und Campanha Permanente Contra os Agrotóxicos e Pela Vida. Vgl.: Pedlowsky, M.: "Base completa contendo os 1227 agrotóxicos liberados desde o início do governo Bolsonaro", 11.03.2021. Online unter: <https://t1p.de/nq00> [Zugriff am 15.04.2021].
- ² CIMI: „Despejo é genocídio: em defesa dos Guarani e Kaiowá do Apyka'i ", 13.06.2016. Online unter: <https://t1p.de/mgct> [Zugriff am 15.04.2021].
- ³ CIMI: "'Ataques e criminalização contra os povos indígenas e seus defensores no Brasil são os mais graves do mundo', afirma relatora da ONU", 21.09.2018. Online unter: <https://t1p.de/0s6b> [Zugriff am 15.04.2021].
- ⁴ Repórter Brasil: „Agrotóxico foi usado como arma química contra os indígenas, diz procurador", 26.08.2019. Online unter: <https://bit.ly/2OTAC2w> [Zugriff am 15.04.2021].
Jusbrasil: „MPF/MS denuncia criminalmente piloto que aplicou agrotóxicos sobre aldeia indígena", 04.11.2016. Online unter: <https://bit.ly/2RDQggy> [Zugriff am 10.04.2021].
Povos Indígenas no Brasil: „Piloto é denunciado à Justiça por aplicar agrotóxico sobre aldeia indígena", 07.10.2016. Online unter: <https://bit.ly/3wVZAPZ> [Zugriff am 14.04.2021].
- ⁵ World Wildlife Fund: "Soja – die Nachfrage steigt", 27.06.2018. Online unter: <https://bit.ly/3c04Eb1> [Zugriff am 15.04.2021].
- ⁶ Wirkstoffe sind Substanzen, die in einem Organismus eine spezifische Wirkung oder eine Reaktion hervorruft. Als Pestizide werden viele unterschiedliche chemisch-synthetische Stoffe und Stoffkombinationen bezeichnet, die giftig auf im jeweiligen Anwendungsbereich unerwünschte Organismen, Tiere oder Pflanzen wirken. Der Begriff „Pestizide" stammt vom englischen Wort „pests" (Schädlinge). Man kann die Pestizide nach Einsatzzweck oder nach „Ziel-Organismen" einteilen. So gibt es etwa Insektizide (gegen Insekten), Herbizide (gegen Pflanzen), Fungizide (gegen Pilze) und weitere. Beispiel: Das Herbizid Roundup enthält den Wirkstoff Glyphosat.
- ⁷ Finanzen.net: "Bayer – Zahl der Glyphosat-Klagen steigt auf 52.500", 27.04.2020. Online unter: <https://bit.ly/2KTLrfj> [Zugriff am 15.04.2021].
- ⁸ Baskut Tuncak beendete im Juni 2020 seinen Einsatz als UN-Sonderberichterstatter.
- ⁹ Hilal Elver: "Report of the Special Rapporteur on the right to food", 24.01.2017. Online unter: <https://t1p.de/pgu6> [Zugriff am 15.04.2021].
- ¹⁰ Weltnahrungsmittelbericht: „Studie zur Welternährung: Lebensmittel für Menschen statt für Tiere", 27.07.2018. Online unter: <https://bit.ly/3fgwvWs> [Zugriff am 15.04.2021].
- ¹¹ Weed Science: "Weeds Resistant to EPSP synthase inhibitors (G/9)". Online unter: <https://bit.ly/3sdu8cl> [Zugriff am 15.04.2021].
- ¹² Germanwatch: „Bericht 2020 – Globale Agrarwirtschaft und Menschenrechte", Januar 2020. Online unter: <https://bit.ly/2KWva9u> [Zugriff am 15.04.2021].
- ¹³ Fränkische Nachrichten: „Brasilien ist Weltmeister beim Pestizideinsatz", 28.02.2020. Online unter: <https://kurzelinks.de/askl> [Zugriff am 15.04.2021].

¹⁴ Hilal Elver: "Report of the Special Rapporteur on the implications for human rights of the environmentally sound management and disposal of hazardous substances and wastes", 24.01.2017. Online unter: <https://bit.ly/3dbMrYh> [Zugriff am 15.04.2021]. Die Zahlen berufen sich auf Schätzungen, deren Grundlage Zahlen der WHO aus dem Jahr 1990 sind. Interpretationen können deswegen in der Literatur variieren.

¹⁵ Bayer, bzw. ehemals Monsanto, präsentierte über Jahre hinweg insgesamt 800 Studien aus über vier Jahrzehnten, die den Zusammenhang zwischen möglichen Krebserkrankungen und Glyphosat widersprechen. siehe Bayer: „Behauptungen rund um Glyphosat – Was sagt Bayer dazu?“. Online unter: <https://bit.ly/2VZjRnc> [Zugriff am 15.04.2021].

¹⁶ Hilal Elver: "Report of the Special Rapporteur on the right to food", 24.01.2017. Online unter: <https://t1p.de/pgu6> [Zugriff am 15.04.2021].

¹⁷ El País: „O calvário das crianças Guarani Kaiowá contaminadas por agrotóxicos“, 05.08.2019. Online unter: <https://bit.ly/3smwTlc> [Zugriff am 15.04.2021].

Contra os agritoxicos: „Agrotóxicos despejados perto de aldeia levam crianças e jovens Guarani Kaiowá ao hospital“, 17.05.2019. Online unter: <https://bit.ly/2RyEJBX> [Zugriff am 14.04.2021].

Grupo de Pesquisa em Jornalismo Ambiental: „O problema dos agrotóxicos não está somente na comida“, 11.08.2019. Online unter: <https://bit.ly/3sgJyN7> [Zugriff am 14.04.2021].

Terras Indígenas no Brasil: „Terra Indígena Guayrároká“. Online unter: <https://bit.ly/3sgUavb> [Zugriff am 14.04.2021].

Midiamax: „MPF pede que Justiça obrigue União, Estado e município a regulamentar agrotóxicos“, 04.12.2019. Online unter: <https://bit.ly/3mPaLVS> [Zugriff am 15.04.2021].

¹⁸ Rosa Luxemburg Stiftung/INKOTA-netzwerk e.V./Misereor/Campanha Permanente Contra os Agrotóxicos e Pela Vida/Khanyisa: „Gefährliche Pestizide von Bayer und BASF – ein globales Geschäft mit Doppelstandards“, 23.04.2020. Online unter: <https://bit.ly/2WAndML> [Zugriff am 15.04.2021].

¹⁹ Unearthed/Greenpeace: "Revealed - The pesticide giants making billions on toxic and bee-harming chemicals", 20.02.2020. Online unter: <https://bit.ly/2VW8UTw> [Zugriff am 15.04.2021].

²⁰ PAN International: „PAN International List of Highly Hazardous Pesticides“, März 2021. Online unter: <https://bit.ly/3a4m8Eo> [Zugriff am 15.04.2021].

²¹ PAN Germany: „Was sind hochgefährliche Pestizide (HHPs)?“. Online unter: <https://bit.ly/3c5uVoE> [Zugriff am 15.04.2021].

²² PAN Germany: „Giftige Exporte - Die Ausfuhr hochgefährlicher Pestizide aus Deutschland in die Welt“, 23.09.2019. Online unter: <https://bit.ly/2ydshyr> [Zugriff am 15.04.2021].

²³ Siehe ebenda.

²⁴ Rosa Luxemburg Stiftung/INKOTA-netzwerk e.V./Misereor/Campanha Permanente Contra os Agrotóxicos e Pela Vida/Khanyisa: „Gefährliche Pestizide von Bayer und BASF – ein globales Geschäft mit Doppelstandards“, 23.04.2020. Online unter: <https://bit.ly/2WAndML> [Zugriff am 15.04.2021].

²⁵ Siehe ebenda.

²⁶ PAN Germany: „Giftige Exporte - Die Ausfuhr hochgefährlicher Pestizide aus Deutschland in die Welt“. Online unter: <https://bit.ly/2ydshyr> [Zugriff am 15.04.2021].

²⁷ Miyazaki, J. et al.: „Insufficient risk assessment of herbicide-tolerant genetically engineered soybeans intended for import into the EU“, Dezember 2019. Online unter: <https://t1p.de/amky> [Zugriff am 15.04.2021].

²⁸ „Mapping the soy supply chain in Europe“, 12.05.2015. Online unter: <https://kurzelinks.de/lcno> [Zugriff am 15.04.2021].

- ²⁹ Then, C. & Bauer-Panskus, A. (2017b) „Faktencheck: Gentechnik-Soja von Bayer und Dow mit dreifacher Resistenz gegen Herbizide, TESTBIOTECH Hintergrund 21 – 12 – 2017“, Online unter: <https://kurzelinks.de/dv9b> [Zugriff am 15.04.2021].
- ³⁰ Then, C., Miyazaki, J., Bauer-Panskus, A., et al.: „Gentechnik-Soja in Südamerika: Flächenverbrauch, Pestizideinsatz und die Folgen für die globalen Ziele für nachhaltige Entwicklung“, Oktober 2018. Online unter: <https://kurzelinks.de/ytmf> [Zugriff am 15.04.2021].
- ³¹ EFSA (European Food Safety Authority): „Statement of EFSA on the request for the evaluation of the toxicological assessment of the coformulant POE-tallowamine“, 12.11.2015, EFSA Journal, 13(11): 4303. Online unter: <https://kurzelinks.de/lswl> [Zugriff am 15.04.2021].
- ³² EFSA (European Food Safety Authority): „Reasoned Opinion on the review of the existing maximum residue levels for glyphosate according to Article 12 of Regulation (EC) No 396/2005“, 17.05.2018. EFSA Journal 2018;16(5):5263, 230 pp. Online unter: <https://t1p.de/og45> [Zugriff am 15.04.2021].
- ³³ Unerthed/Greenpeace: „Revealed - The pesticide giants making billions on toxic and bee-harming chemicals“, 20.02.2020. Online unter: <https://bit.ly/2VW8UTw> [Zugriff am 15.04.2021].
- ³⁴ Siehe ebenda.
- ³⁵ The Guardian: „UN experts denounce 'myth' pesticides are necessary to feed the world“, 24.01.2017. Online unter: <https://bit.ly/2YvgFRT> [Zugriff am 15.04.2021].
- ³⁶ Germanwatch/Misereor: „Globale Agrarwirtschaft und Menschenrechte – Deutsche Unternehmen und Politik auf dem Prüfstand“, 15.01.2020. Online unter: <https://bit.ly/3fdRyJp> [Zugriff am 15.04.2021]. Der Fall wurde betreut durch das European Center of Constitutional and Human Rights e.V. (ECCHR). Im Oktober 2016 erstatteten sie beim Pflanzenschutzdienst der Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen Ordnungswidrigkeitsanzeige unter Berufung auf das deutsche Pflanzenschutzmittelgesetz. Demnach dürfen Pestizide nur dann exportiert werden, wenn auf den Produkthinweisen „Auswirkungen auf die Gesundheit von Mensch und Tier sowie den Naturhaushalt“ beigefügt sind (§ 25 Abs. 1 2. b). Die Anzeige wurde jedoch unter der Begründung abgewiesen, die Verantwortung der Bayer AG ende an der deutschen Landesgrenze. Vgl. ECCHR: „Fallbeschreibung – Beispiel Nativo (Bayer): Deutschland muss Export von Pestiziden kontrollieren, 12.10.2016 Online unter: <https://bit.ly/3dkhnp9> [Zugriff am 15.04.2021].
- ³⁷ Der Spiegel: „Vergleich angenommen – Bayer zahlt 40 Millionen wegen Glyphosat-Werbung“, 31.03.2020. Online unter: <https://bit.ly/2zU9Zmc> [Zugriff am 15.04.2021].
- ³⁸ De Souza e Lima, F.: „Saúde, ambiente e contaminação hídrica por agrotóxicos na Terra Indígena Marãiwatsédé, Mato Grosso“, 2015. Online unter: <https://t1p.de/a7dk> [Zugriff am 15.04.2020].
Ministério Público Federal: „MPF/MT divulga nota sobre terra indígena Marãiwatsédé“, 2012. Online unter: <https://t1p.de/cl7k> [Zugriff am 15.04.2020].
Combate Racismo Ambiental: „Banho de veneno sobre terra indígena Marãiwatsédé“, 03.04.2018. Online unter: <https://t1p.de/rn1a> [Zugriff am 15.04.2020].
De Souza e Lima, F. et al.: „A extensão do 'agro' e do tóxico: saúde e ambiente na terra indígena Marãiwatsédé, Mato Grosso“, 2020. Online unter: <https://t1p.de/d47a> [Zugriff am 15.04.2020].
- ³⁹ INKOTA-netzwerk e.V./Misereor: „Ein Jahr Bayer-Monsanto – Eine kritische Bilanz“, 25.04.2019. Online unter: <https://bit.ly/3fiV6tH> [Zugriff am 15.04.2021].
- ⁴⁰ Capital: „Bayer versinkt im Monsanto-Sumpf“, 09.12.2019. Online unter: <https://bit.ly/3b2i19k> [Zugriff am 15.04.2021].
- ⁴¹ Handelsblatt: „Bayer kauft Monsanto – Der 66 Milliarden-Dollar-Deal ist fix“, 14.09.2016. Online unter: <https://bit.ly/2z327hK> [Zugriff am 15.04.2021].

- ⁴² Germanwatch/Misereor: „Globale Agrarwirtschaft und Menschenrechte – Deutsche Unternehmen und Politik auf dem Prüfstand“, 15.01.2020. Online unter: <https://bit.ly/3fdRyJp> [Zugriff am 15.04.2021].
- ⁴³ Sueddeutsche: „Monsanto-Übernahme – Die Chronik eines Desasters“, 14.05.2019. Online unter: <https://bit.ly/2WkX2cx> [Zugriff am 15.04.2021].
- ⁴⁴ FAZ: „Vergleich verzögert sich - Bayer muss sich im Glyphosat-Streit weiter gedulden“, 10.03.2021. Online unter: <https://t1p.de/9ukb> [Zugriff am 15.04.2021].
- ⁴⁵ Handelsblatt: Unkrautvernichter - US-Gericht senkt Strafe für Bayer in Glyphosat-Prozess deutlich“, 26.07.2019. Online unter: <https://bit.ly/2VZngm8> [Zugriff am 15.04.2021].
- ⁴⁶ Informationsdienst Gentechnik: „Glyphosat: Bayer akzeptiert Verurteilung wegen Krebserkrankung“, 25.03.2021. Online unter: <https://bit.ly/3tkvof4> [Zugriff am 15.04.2021].
- ⁴⁷ Taz: „Prozess um Glyphosat in den USA: Bayer akzeptiert Schuld“, 23.03.2021. Online unter: <https://bit.ly/3e27s9W> [Zugriff am 15.04.2021].
- ⁴⁸ Tagesspiegel: „Neuer Vergleich mit US-Anwälten – So will Bayer künftige Klagen gegen Glyphosat vermeiden“, 04.01.2021. Online unter: <https://bit.ly/3wXlhyW> [Zugriff am 15.04.2021].
- ⁴⁹ Deutsche Welle: „Brasil - Assim a soja invade a Amazônia“, 14.05.2019. Online unter: <https://bit.ly/2Q4aq5P> [Zugriff am 10.04.2021].
- Mongabay: „Avanço da soja envenena aldeias e seca riachos em reserva dos Mundurucu“, 08.04.2020, Online unter: <https://bit.ly/2Q5Ckyj> [Zugriff am 11.04.2021].
- CIMI: „A cerca que os divide: povo Mundurucu do Planalto Santareno pressionado pela soja“, 18.11.2019. Online unter: <https://t1p.de/0c8d> [Zugriff am 15.04.2021].
- Spektrum: „Amazonien brennt“, 08.08.2019. Online unter: <https://t1p.de/fsdn> [Zugriff am 15.04.2021].
- WirtschaftsWoche: „Wie der US-Handelskrieg Brasiliens Regenwald in Gefahr bringt“, 06.05.2019. Online unter: <https://t1p.de/prv2> [Zugriff am 15.04.2021].
- ⁵⁰ Apublica: „Em decisão inédita, indígenas vítimas de “chuva de agrotóxico” recebem R\$ 150 mil de indenização“, 22.01.2020. Online unter: <https://bit.ly/3e3TG6F> [Zugriff am 15.04.2021].
- CIMI: „Sentença inédita determina indenização de R\$ 150 mil à comunidade indígena vítima de aplicação irregular de agrotóxico“, 16.01.2020. Online unter: <http://bit.ly/3ajldgh> [Zugriff am 15.04.2021].
- ⁵¹ Worldstopexports: “Top Pesticides Exporters“, 23.04.2020. Online unter: <https://bit.ly/3dcqEQd> [Zugriff am 15.04.2021].
- ⁵² Public Eye: „Milliarden-Umsätze mit Pestiziden, die krebserregend sind oder Bienen vergiften“, 20.02.2020. Online unter: <https://bit.ly/2Yqi4t7> [Zugriff am 15.04.2021].
- ⁵³ Bayer: „Geschäftsjahr 2019 – Bayer strategisch und operativ erfolgreich“, 27.02.2020. Online unter: <https://bit.ly/3bY62eg> [Zugriff am 15.04.2021].
- ⁵⁴ Reuters: „Bayer sees Brazil as key growth driver for global crop division“, 03.07.2018. Online unter: <https://reut.rs/2SuDbGX> [Zugriff am 15.04.2021].
- ⁵⁵ Human Rights Watch: “You don't want to breathe poison anymore” – The Failing Response to Pesticide Drift in Brazil's Rural Communities“, Juli 2018. Online unter: <https://bit.ly/2VWtbbr> [Zugriff am 15.04.2021].
- ⁵⁶ BBC: “Las empresas que ganan millones vendiendo pesticidas peligrosos al mundo en desarrollo (y qué país de América Latina es líder mundial en su uso)“, 20.02.2020. Online unter: <https://t1p.de/xfr5> [Zugriff am 15.04.2021].
- ⁵⁷ BBC: „Brasil é principal mercado de agrotóxicos 'altamente perigosos', diz ONG“, 23.02.2020. Online unter: <https://t1p.de/ywd8> [Zugriff am 15.04.2021].

- ⁵⁸ Unearthed/Greenpeace: "Revealed - The pesticide giants making billions on toxic and bee-harming chemicals", 20.02.2020. Online unter: <https://bit.ly/2VW8UTw> [Zugriff am 15.04.2021].
- ⁵⁹ Mongabay: "Tax exemptions on pesticides in Brazil add up to US\$ 2.2 billion per year", 01.04.2020. Online unter: <https://bit.ly/35tfBzw> [Zugriff am 15.04.2021].
- ⁶⁰ Reporter Brasil: "Governadores renovam isenção de R\$ 6 bi para agrotóxicos em meio à crise", 23.04.2020. Online unter: <https://kurzelinks.de/5297> [Zugriff am 15.04.2021].
- ⁶¹ Guardian: „Hundreds of new pesticides approved in Brazil under Bolsonaro“, 12.06.2019. Online unter: <https://bit.ly/3aYwzH2> [Zugriff am 15.04.2021].
- ⁶² FDCL: „Das Giftpaket“, 13.01.2020. Online unter: <https://bit.ly/3d3M5my> [Zugriff am 15.04.2021].
- ⁶³ Campanha Permanente Contra os Agrotóxicos e Pela Vida: "Mais 16 agrotóxicos registrados hoje", 27.04.2020. Online unter: <https://bit.ly/35w9tX9> [Zugriff am 15.04.2021].
- ⁶⁴ KoBra: „Agrarproduktion – Gift versus Ökologie“, 10.11.2019. Online unter: <https://bit.ly/3cbULaB> [Zugriff am 15.04.2021].
- ⁶⁵ Rosa Luxemburg Stiftung/INKOTA-netzwerk e.V./Misereor/Campanha Permanente Contra os Agrotóxicos e Pela Vida/Khanyisa: „Gefährliche Pestizide von Bayer und BASF – ein globales Geschäft mit Doppelstandards“, 23.04.2020. Online unter: <https://bit.ly/2WAndML> [Zugriff am 15.04.2021].
- ⁶⁶ Fränkische Nachrichten: „Brasilien ist Weltmeister beim Pestizideinsatz“, 28.02.2020. Online unter: <https://kurzelinks.de/askl> [Zugriff am 15.04.2021].
- ⁶⁷ Repórter Brasil: „'Coquetel' com 27 agrotóxicos foi achado na água de 1 em cada 4 municípios“, 15.04.2019. Online unter: <https://bit.ly/3d3MOEi> [Zugriff am 15.04.2021].
- ⁶⁸ Pignati, W. et al.: "Spatial distribution of pesticide use in Brazil: a strategy for Health Surveillance", 22.10.2017. Online unter: <https://kurzelinks.de/ibja> [Zugriff am 15.04.2021].
- ⁶⁹ Pignati, W. et al.: „Surveillance on pesticides: quantification of use and prediction of impact on health, work and the environment for Brazilian municipalities“, Dezember 2014. Online unter: <https://kurzelinks.de/cyzu> [Zugriff am 15.04.2021].
- ⁷⁰ Human Rights Watch: "'You don't want to breathe poison anymore'" – The Failing Response to Pesticide Drift in Brazil's Rural Communities“, Juli 2018. Online unter: <https://bit.ly/2VWtbbr> [Zugriff am 15.04.2021].
- ⁷¹ Por trás do alimento: „Tem veneno no conflito“, 28.08.2019. Online unter: <https://bit.ly/3sfnzGg> [Zugriff am 15.04.2021].
- Carta Capital: „Chuva de agrotóxicos expulsa pequenos agricultores e polui águas“, 21.08.2019- Online unter: <https://bit.ly/3e6JL06> [Zugriff am 15.04.2021].
- ABRASCO: „Exposição a agrotóxicos em MT é quase 10 vezes maior do que média nacional“, 09.04.2019. Online unter: <https://t1p.de/zqg3> [Zugriff am 15.04.2021].
- ⁷² Meine Landwirtschaft: „Hochgefährliche Pestizide im Fokus von SAICM“, April 2019. Online unter: <https://bit.ly/2Yzs6s0> [Zugriff am 15.04.2021].
- ⁷³ Tagesschau: „Studie zweier NGOs – Hohe Umsätze mit gefährlichen Pestiziden“, 20.02.2020. Online unter: <https://bit.ly/3b6pJPM> [Zugriff am 15.04.2021].
- ⁷⁴ PAN Germany: „Giftige Exporte - Die Ausfuhr hochgefährlicher Pestizide aus Deutschland in die Welt“, 23.09.2019. Online unter: <https://bit.ly/2ydshyr> [Zugriff am 15.04.2021].
- ⁷⁵ Deutsche Bundesregierung: „Nationaler Aktionsplan – Umsetzung der VN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte“, August 2016. Online unter: <https://bit.ly/2L6IW9G> [Zugriff am 15.04.2021].

⁷⁶ CorA/DGB/Forum Menschenrechte/Transparency International Deutschland/VENRO/Verbraucherzentrale Bundesverband: „Nationaler Aktionsplan Wirtschaft und Menschenrechte – Stellungnahme zum zweiten Zwischenbericht des Monitorings deutscher Unternehmen“, 30.03.2020. Online unter: <https://bit.ly/2WKVAAH> [Zugriff am 15.04.2021].

⁷⁷ Bundesregierung: „Lieferkettengesetz – Mehr Schutz von Menschen und Umwelt in der globalen Wirtschaft“, 03.03.2021. Online unter: <https://bit.ly/3gcptVR> [Zugriff am 15.04.2021].

⁷⁸ Lieferkettengesetz.de: „Lieferkettengesetz - Entwurf für Lieferkettengesetz: Anreiz zum Wegschauen statt präventiver Menschenrechtsschutz“, 01.03.2021. Online unter: <https://bit.ly/3afbdYp> [Zugriff am 14.04.2021].

⁷⁹ Deutscher Bundestag: „Bundestag ratifiziert Konvention zu Rechten indigener Völker“, 15.04.2021. Online unter: <https://t1p.de/fzxh> [Zugriff am 15.04.2021].

⁸⁰ Leandro Barbosa (The Intercept): „A luta de uma Guarani Kaiowá: 'Fui expulsa da minha terra seis vezes e perdi marido, filhos e neto'“, 12.07.2019. Online unter: <https://t1p.de/vp5z> [Zugriff am 14.04.2021].

Centro de Informação sobre Empresas e Direitos Humanos: Brasil: „Indígenas e outros grupos apoiam Guarani e Kaiowá contra reintegração de posse em favor de usina de cana & alegam que causará genocídio“. Online unter: <https://t1p.de/bh6y> [Zugriff am 14.04.2021].

CIMI: „Apyka'i: polícia fará despejo de acampamento Guarani Kaiowá explorado por Bumlai“, 13.05.2016. Online unter: <https://t1p.de/zc59> [Zugriff am 15.04.2021].

De Olho nos Ruralistas: „Consea relaciona 'tragédia humana' dos Guarani Kaiowá ao agronegócio“, 03.04.2017. Online unter: <https://t1p.de/m9lg> [Zugriff am 15.04.2021].

⁸¹ Veja: „Número de mortes de lideranças indígenas em 2019 é o maior em pelo menos 11 anos, diz Pastoral da Terra“, 10.12.2019. Online unter: <https://kurzelinks.de/eg4e> [Zugriff am 15.04.2021].

Impressum



Gesellschaft für bedrohte Völker e.V. (GfbV)

Postfach 2024, D-37010 Göttingen

Tel.: +49 551 49906-0, Fax: +49 551 58028

E-Mail: info@gfbv.de, www.gfbv.de

Spendenkonto bei der Bank für Sozialwirtschaft:

(IBAN) DE07 2512 0510 0000 506070

(BIC) BFSWDE33HAN

Die GfbV ist eine Menschenrechtsorganisation für verfolgte ethnische und religiöse Minderheiten; NGO mit beratendem Status bei den Vereinten Nationen und mit mitwirkendem Status beim Europarat. Sektionen, Büros und Repräsentant*innen in Bosnien-Herzegowina, Deutschland, Großbritannien, Südtirol/Italien, Kurdistan/Irak, der Schweiz und den USA.

Autorinnen: Juliana Miyazaki, Regina Sonk

Redaktion: Inse Geismar, Linda Fiene

Layout: Tanja Wieczorek

Titelbild: Indigenes Territorium der Guaraní Kaiowá bei Dourados im Bundesstaat Mato Grosso do Sul ist umgeben von Sojaplantagen. Foto: Christian Braga/Farpa/CIDH/Flickr (CC BY 2.0)

Herausgegeben von der Gesellschaft für bedrohte Völker
im April 2021

Für Menschenrechte. Weltweit.



Gesellschaft für
bedrohte Völker

Für Menschenrechte. Weltweit.



Gesellschaft für
bedrohte Völker

Postfach 2024, D-37010 Göttingen

Tel.: +49 551 49906-0

Fax: +49 551 58028

E-Mail: info@gfbv.de

www.gfbv.de

Spendenkonto

bei der Bank für Sozialwirtschaft:

(IBAN) DE07 2512 0510 0000 506070

(BIC) BFSWDE33HAN